



berechtigt sei, ein solches Verlangen zu stellen, und sodann, weil das Bedürfnis einer Gehaltserhöhung nicht vorhanden sei.

**Kolberg,** 20. Okt. Die „Zeitung für Pommern“ glaubt zu wissen, daß Kolberg zu den Festungen gehört, die in ihrer Vertheidigung als Landfestung aufzugeben werden sollen. Dagegen würden hier Strandbefestigungen in formidabler Weise errichtet werden. Die Vertheidigung des Strandes sollte aber selbstverständlich nicht nach innen dem Lande, sondern nach außen hin, dem Meer zu, und es sei deshalb völlig irrig, wenn angenommen werde, daß mit dieser Veränderung ein noch drakonisches Rayongesetz in der Nähe des Strandes nach dem Lande hin in Kraft treten werde, als das bisherige. Im Gegenteil werde das ganz weite Gebiet der Mündung und der jenseitigen Festungsverkehrs ohne jegliche fortifikatorische Beschränkung mit massiven Häusern bebaut werden dürfen, weil die Theile an und hinter den Dünen bei der Vertheidigung gar nicht mehr in Frage kämen, höchstens die Punkte unmittelbar mit dem Ausblick aufs Meer, also die Dünen selbst. Hiermit erhöhe sich für das Aufblühen Kolbergs als industrielle Stadt eine weite Perspektive.

**Breslau,** 22. Oktober. [Peterspfennig.] Die „Schl. Volksz.“theilt folgende, ganz angemessene Verfügung mit:

„Es sollen bisher in einzelnen Mädchenschulen der Provinz seitens der katholischen Religionslehrer resp. Schulvorsteherinnen Peterspfennig-Sammlungen unter den Schülerinnen veranstaltet werden. Die Regierung erachtet das Oberpräsidium ergebenst, unter Mittheilung der in dieser Beziehung innerhalb ihres Bezirks etwa gemachten Beobachtungen sich wegen der in dieser Beziehung event. zu treffenden Anordnungen gefülligt gutachtlich zu äußern. — König Oberpräsidium der Provinz Schlesien. In Vertretung: (ges.) Graf Poninski.

**Wesel,** 20. Oktober. Auch Minden wird entfestigt. Als Beftätigung dieser Nachricht, fügt der „W. M.“ hinzu, ist schon der größte Theil des dortigen Geschäftsparks hier eingetroffen.

**Dresden,** 20. Oktober. Nach einer dem „Leipz. Tagebl.“ aus „beachtenswerther“ Quelle zugehenden Mittheilung wird der Bericht der außerordentlichen Deputation der sächsischen I. Kammer über das neue Volksschulgesetz sehr ungünstig für die Ansforderung der freisinnigen, die Lösung der Schule von der Kirche erstrebenden Partei ausfallen. Die Deputation ist in manchen wesentlichen Punkten noch hinter den Regierungspunkt zurückgegangen. — Wie die „Constit. Ztg.“ schreibt, haben die ultramontanen Uebergiffe in der Herrschaft Schönburg-Wiechelsburg das Kultusministerium wiederholt zur Abföndung eines Kommissars veranlaßt.

#### Aus Baiern wird der „Börs.-Ztg.“ geschrieben:

Während die schwarze unfehlbare Schaar im Süd und Norden Deutschlands immer öfter Aufrühr gegen die Gesetze des Staates predigt und es gelungen ist, auch den letzten anscheinend überzeugungstreuen Bischof zur Unterwerfung unter das unfreie Dogma zu bringen, ist im bairischen Kultusministerium „über allen Wipfern ruh“. Ja, Herr v. Luz ist eben im Begriff, die Geschichte seiner bisherigen Verzögungen und Unterlassungen durch ein neues Kapitel zu bereichern. In Erlangen, woselbst der Altkatolizismus starken Boden gewonnen hat, handelt es sich um die Ueberlassung der im Besitz der katholischen Kirchengemeinde befindlichen Kirche und wurde dem Anhänger der Altkatoliken entsprechend von der Kreisregierung von Mittelfranken angeordnet, daß in einer von dem Bürgermeister einzuberuhenden und zu leitenden Versammlung die Majorität zu entscheiden habe, wenn fortan das Benutzungsrecht der Kirche zu stehen sollte. Gegen diese Entschließung hat der Erzbischof von Bamberg eine Beschwerde bei dem Kultusministerium eingerichtet, und mußte in Folge dessen die Abstimmung vertagt werden. Ein Bescheid auf diese Beschwerde, welche bereits im Monat Juni d. J. der kompetenten Stelle überreicht wurde, ist bis zur Stunde von Herrn v. Luz noch nicht ertheilt worden. — Wir unterlassen es, an die Mittheilung dieser Thatsache weiter Bemerkungen zu knüpfen; sie spricht durch sich selbst nur zu deutlich für den ungeheuren Widerspruch zwischen Wort und That des bairischen Sprechministers.

**München,** 22. Oktober. Das seiner Qualität nach wohl hinreichend bekannte „Bairische Vaterland“ begleitet die Veröffentlichung der Bekanntmachung über Herstellung der vollen militärischen Freizügigkeit zwischen Baiern und Preußen, bez. den übrigen Bundesländern mit folgenden Bemerkungen:

„Darnach kann jeder Preuße z. auch in der bairischen Armee seine Militärpflicht abdienen und umgekehrt. Das ist eine recht niedliche Einrichtung, um unsere Armeen völlig zu verpreußen, d. h. mit Preußen und Norddeutschen zu verzeigen, daß kein Mensch sie mehr defensiv fixieren kann. Wer das wieder ausgedacht haben mag?“

An die Nachricht der „Augsb. Allg. Ztg.“, daß die deutschen Bischöfe an den Bischof Hefele ein Schreiben gerichtet hatten, in welchem sie denselben wegen seiner Glaubensstreue beglückwünschten, knüpft das ultramontane „Bairische Vaterland“ folgende charakteristische Bemerkungen:

„Das soll offenbar ein Hohn auf die Bischöfe sein; denn mit der Glaubensstreue des Hrn. v. Hefele verhält es sich ungefähr wie mit der Charakterfestigkeit des Hrn. Dr. Huttler. Vergleiche den Brief, welchen Hr. v. Hefele nach dem Konzil an Professor Bauerband geschrieben und der sehr nah verwandt ist mit dem Huttler'schen Evangelium secundum Friedericum. Daß Herr v. Hefele jetzt forrecht handelt, darin finden wir kein besonderes Verdienst; denn er muß entweder so handeln oder aus der Kirche ausscheiden, wozu es dem ehemaligen deutschen Professor doch an Muth nicht fehlt. Im Übrigen meinen wir, daß weder Rom noch Deutschland Grund hat, auf Hrn. v. Hefele sonderlich stolz zu sein, und noch weniger, auf ihn eine namhaftes Vertrauen zu setzen. Es scheint, man hat bei seiner Weihe vergessen, sofort einen kräftigen Exorzismus anzuwenden, nämlich ihm den deutschen Professorenstiel auszutreiben. Der steht noch in ihm und da hat die Weihe vielleicht nicht die rechte Wirkung gehabt. Hinc illae lacrymae!“

#### Der Herr reicht.

**Wien,** 21. Okt. Die Regierung soll sich mit der Absicht tragen, her vorragende Abgeordnete aus allen Kronländern um ihre Meinung über die Wahlreform zu befragen, und nach einer Meldung der „Montags-Noue“ soll der Reichsrath schon bei seinem Wiederzusammentrete im Dezember Gelegenheit bekommen, sich mit der Wahlreform zu befassen. Wie die Sachen aber liegen, wird den Reichsrath im Dezember im besten Falle, das heißt, wenn die Wahlreform-Vorlage wirklich eingebracht werden sollte, höchstens die Zeit bleiben, einen Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage zu wählen. — Die Offizielle prophezeien eine rubige Landtagsgesession. Nur im Tyroler Landtage seien Schwierigkeiten zu erwarten, denen ultramontaner Majorität wieder Gelegenheit geboten sein wird, über die endliche Durchführung der Schulgesetze schlüssig zu werden. Man darf sich von dieser Seite auf lebhafte Debatten gefaßt machen, die vielleicht mit neuerlicher Ablehnung des Schulaufsichtsgesetzes und der anderen einschlägigen Vorlagen enden dürften, wenn sich mittlerweile die Majorität nicht eines Besseren besonnen haben (?) und zur Erkenntnis gelangt sein sollte, daß ein gesetzlich geregelter Zustand der Herrschaft von Verordnungen vorzuziehen ist, die in der Sache doch auf eine Durchführung dieser Gesetze hinauslaufen.“ — Unsere Offiziellen folgten die Tyroler Klerikalen doch schon besser kennen.

**West,** 21. Okt. Heute hielt der ungari sche Finanz-Ausschuß eine Sitzung ab, in welcher Károlyi die Finanzlage Ungarns darstellte und Mittel zur Deckung des Defizits vorschlug; die Sitzung war natürlich eine vertrauliche, doch hört man, daß Károlyi das zu deckende Defizit auf 36 Millionen veranschlagte. Als bestes Deckungsmittel soll er ein Anteilen empfohlen haben, das ohnehin unvermeidlich sei, wenn man die Baluta rezeln wolle — eine Frage, die im Interesse Ungarns nicht länger hinausgeschoben werden darf. Es liegen ihm auch angeblich verhältnismäßig günstige

Offerten vollkommen festungsfähig. Raps preß vor. — An diese Auseinandersetzungen knüpfte sich am 23. September Diskussion, wobei es an heftigen Vorwürfen gegen das 4 Uhr 30 Minutenschießen fehlte.

#### Siebzehn. Gericht ungeraten

**Genf,** 13. Oktober. Die 55. Pfarrgeistlichkeit hat gegen den Erlass des Staates in Sachen Merimod's vom 20. September einen außerordentlichen Protest eingereicht, in dem sie sich in der konsequenten Verleugnung aller im Verhältniß des Staates zur Kirche bisher gültigen Rechtsgrundlage bis zu folgenden Sätzen versteht:

Von Gott hat der Papst seine Gewalt, von ihm strömt sie über die Bischöfe aus, welche sie wiederum ihren Gehilfen in der Seelsorge, den Priestern, mittheilen. Unter allen Himmelsbreiten, zu allen Zeiten, gegenüber allen Staatsformen behauptet die Kirche ihren himmlischen Ursprung. Und wenn sie, Rechnung tragend den Verhältnissen, welche durch innige Vereinigung des Staates mit ihr geschaffen wurden, oder in Rücksicht auf die Dienste, welche ihr die Händler der Nationen erwiesen, manchmal den Weg der Konzessionen vermittelst freundlicher Abmachungen, welche Konföderate genannt werden, betreten hat, so hat sie doch niemals unter den Händen der Fürsten der Erde auf ihr Recht verzichtet, die Hände der Heide Christi zu ernennen oder zu entfernen. Wir würden uns an den unserer Sorge vertrauten Seelen verfündigen, wenn wir uns in Bezug auf einen Punkt des Glaubens und der göttlichen Institutionen auf Unterhandlungen einzulassen wollten. Das ist der Grund, weshalb wir uns im Gewissen verpflichtet fühlen, zu protestiren: 1) Wir erkennen als unsern Bischof nur den an, der uns vom Papst gegeben ist, jedem Anderen versagen wir unsere Anerkennung. 2) Wir können keine Störung unseres nothwendigen Verkehrs mit unseren kirchlichen Vorgesetzten dulden.

#### Frankreich.

**Paris,** 21. Oktober. Über das Resultat der Nachwahlen für die Nationalversammlung liegen jetzt Daten vor, aus denen man entnehmen kann, daß die Regierung glänzend gesiegt hat. In sechs Departements wurden die Kandidaten, über welche sich die gemäßigten und die vorgerückten Republikaner, vertreten durch den „Secte“ und die „République Française“, geeint hatten, gewählt; in einem einzigen Departement, dem in dem stürmischen Winde der Bretagne liegenden Morbihan, wo heute noch das Lesen und Schreiben als eine Art Schwarzkunst angesehen wird, ging ein Legitimist, Martin, ein in Stadt und Land wohlbekannter Advokat, im Kampfe gegen den republikanischen Maire von Lorient als Sieger aus dem Wahlkampfe hervor. In Algier wurde das nicht zur Ruhe zu bringende Mitglied der Februar- und der September-Republik der alte Crement, gewählt; er siegte über den radikalern Gegen-Kandidaten Bertholon. In zwei Departements, Gironde und Indre-et-Loire, unterlagen weniger glücklich, als die Anhänger Heinrichs V., die Bonapartisten. Im Département Calvados scheint, nach den vorliegenden Befunden zu schließen, der republikanische Kandidat Paris eine sehr bedeutende, aber immerhin nicht die absolute Majorität erlangt zu haben, so daß, wenn die bis jetzt gegebenen Zahlen sich bestätigen, eine Nachwahl, die jedoch schwerlich ein anderes Ergebnis liefern wird, stattfinden müßte. So viel steht fest: die Republikaner haben mit der gestrigen Wahl einen Sieg erzielt, der für ihre Sache von weittragender, wenn nicht v. n. ausschlaggebender Bedeutung ist. Jede neue Kundgebung des allgemeinen Stimmrechtes seit dem 8. Februar 1871 hat dem Resultate der an jenem Tage, in der Zeit der tiefsten Verdringnis und der vollständigen Rats- und Willenslosigkeit, improvisierten Wahlen ein immer stärkeres Dementi erteilt, und in allen Wahlbezirken, in welchen damals die Legitimisten und die Orleanisten wie Pilze über Nacht aus der Erde schossen entwickelt sich nun eine kräftige republikanische Vegetation. Graf Chambord hat nicht nur mit der Republik gesagt, daß er von ihr nichts wissen wolle, sondern er hat auch mit der Fusion gebrochen. Er will den Thron auf dem Altare erbauen und bereut keines seiner Worte, keine seiner Handlungen. In die weiße Fahne gehüllt, kann der Graf in Frohsdorf ruhig das Ende seiner Tage abwarten; in Frankreich hat er sich unmöglich gemacht. Der „Temps“ schließt einen Artikel über die Wallfahrten mit folgenden Betrachtungen: „Frankreich unterscheidet sich in diesem Augenblieke von allen Nationen durch seine Wunder und Wallfahrten, weil es zugleich sehr reizbar und sehr unwissend ist. Wir dürfen uns nicht verwundern, daß man zum Aberglauben des Mittelalters zurückkehrt, wir gehören dem Mittelalter noch durch den verwahrlosten Zustand an, in welchem sich ein bedeutender Theil unserer Bevölkerung befindet. Er schließt seine Bemerkungen mit den Fragen: Wo ist der leuchtende Verstand des achtzehnten Jahrhunderts geblieben? Was ist aus der Begeisterung der liberalen Opposition unter der Restauration geworden? Wer gibt uns Voltaire und Courier zurück? Sind wir unfähig geworden, Entrüstung zu zeigen? Haben wir den Sinn für das Lächerliche verloren? Wird sich denn Niemand mehr finden lassen, um mit bissigem und freudigem Lachen den erbärmlichen Aberglauben fortzufeuern, mittelst dessen die Reaktion geschworen zu haben scheint, den französischen Geist zu Grunde zu richten?“

**Paris,** 21. Oktober. Das offiziöse „Bien Public“ veröffentlichte die Briefe, welche der Maire von Nancy an den Grafen de Saint Vallier, den außerordentlichen Kommissar der französischen Regierung bei dem Oberkommando der Okkupations-Armee und an zwei Pariser Zeitungen, „Liberté“ und „Événement“ gerichtet habe, um den, wie „Bien Public“ konstatiert, „im Publikum wie in der Presse verbreiteten eigenthümlichen Auffassungen“ über das Verhalten der deutschen Behörden und der Bevölkerung von Nancy entgegentreten. Der Brief des Maire an den Grafen de Saint Vallier lautet:

„Herr Graf! Wie Sie, bedauere auch ich diesen plötzlichen Ausbruch von Angriffen gegen die deutsche Obrigkeit in gewissen Zeitungen der nicht besetzten Landesteile. — Die Urheber dieser Artikel begreifen also nicht, daß sie durch Lebhaftreibung dessen, was sie ihr patriotisches Gefühl nennen, durch die Heftigkeit ihrer Angriffe, uns, die wir doch ohne uns zu belägen, das Lösegeld Frankreichs zahlen, indem wir bis ans Ende das Unterpfland dieses Lösegeldes bleiben, in eine der peinlichsten Lagen versetzen, uns dem Gegenschlag aussetzen, welcher das unvermeidliche Resultat der durch diese Artikel bei den Deutschen erzeugten Aufregung sein wird. — Andrerseits lese ich in zwei Zeitungen von Paris, der Liberté und dem Événement, die läugnenhaften Berichte über einen Schritt, den ich vor einigen Tagen bei Herrn Barthélémy-Saint-Hilaire gethan habe. Es liegt mir am Herzen, gegen dergleichen Ungeanträgen zu protestieren; es ist falsch, durchaus falsch, daß ich nach Paris gekommen sei, um die Regierung über Qualität zu unterhalten, die nur in der Einbildungskraft der Verfasser dieser Artikel existiren, gegen welche ich den heiligsten Protest richte. — Gott sei Dank, und Dank auch Ihrer Gegenwart in Nancy, Dank Ihrer so wohlwollenden und so wirklichen Vermittlung war es uns

möglich, jedes Mal, wenn eine Schwierigkeit entstand, unseren unglücklichen Bevölkerungen viele Leiden, die gewöhnliche Folge einer Feindlichen Okkupation, zu ersparen. Aber es ist zu befürchten, daß die Haltung, welche eine gewisse Presse seit einigen Tagen angenommen hat, unsere Anstrengungen lähmt und für die besetzten Gebiete die Last der Okkupation noch peinlicher macht. — Hoffen wir, daß der gesunde Sinn der Bevölkerung bald Federmann zum richtigen Verständnis der Lage zurückführen werde. Empfangen Sie u. s. w. De Maire von Nancy. Bernard.“

Die Briefe des Maire an die beiden genannten Zeitungen enthalten im Wesentlichen dieselben weisen Ermahnungen; mit welchem Erfolge, ist bei der Entfernung der Okkupationstruppen von der Hauptstadt schwer vorauszusagen.

#### Vom Landtage.

##### 59. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

**Berlin,** 22. Oktober, 12<sup>h</sup> Uhr. Am Ministerial-Camphausen, Fahl und zahlreiche Kommissarien.

Präsident v. Forckenbeck knüpft unmittelbar an die letzte Sitzung des Hauses vor der Verfassung am 23. März an, fordert die Versammlung auf, sich zu Ehren des verstorbenen Mitgliedes Grafen Dohna-Rosenau zu erheben und zeigt an, daß 9 neue Mitglieder in das Haus eingetreten und 7 Mandate durch Niederlegung vakant geworden sind. Sodann verlangt sofort das Wort der

Finanzminister Camphausen, um zunächst dem Hause die Uebersicht über die Staatsentnahmen und Staatsausgaben vom Jahre 1871 mit dem Nachweise der Staatsüberschreitungen zur nachträglichen Genehmigung der extraordinaire Ausgaben zu überreichen. Durch Mehreinnahmen und Ausgaben-Ersparnisse hat das Jahr 1871 einen disponiblen Ueberschuz von 9,273,000 Thlr. geliefert. In verschiedenen Eisenbahnen Konten war bis Ende des Jahres 1870 ein Bestand von 7,611,171 Thlr. geblieben. Es war andererseits für eine Eisenbahn ein Vorschuß von etwa 4½ Millionen geleistet worden und es belief sich daher der wirkliche Bestand nur auf die Summe von 3,550,483 Thlr. im Jahre 1871. Die verschiebenen Kredite, welche die Landesvertretung bewilligt hat, sind nur in sehr geringem Grade in Anspruch genommen worden. Es haben einige Realisationen in dem möglichen Betrage von 470,871 Thlr. stattgefunden, obwohl ungefähr 10,000,000 Thlr. verbraucht worden sind. Es ist deshalb notwendig gewesen, da der vorhandene Bestand zur Besteckung dieser Ausgaben nicht hinreichte, in einen Vorschuß von nahezu 6,000,000 Thlr. zu treten. Diese Prozedur hat dem Staate Zinsen gespart und konnte durch das verfügbare gewordene Kapital für Steuerkredite bestritten werden.

Im Jahre 1872 bis zum heutigen Tage haben wir von allen Kreitzen, die der Staatsregierung zur Verfügung gestellt sind, noch gar keinen Gebrauch gemacht, mit Ausnahme des einen Postens von einer Million Thaler, welche die Landesvertretung im Gesetz vom 3. Mai 1872 aus dem Fonds der Seehandlung der Staatsregierung zur Disposition gestellt hat. Der Eisenbahnbau ist aber in diesem Jahre sehr lebhaft betrieben worden. Es sind über 12,000,000 Thlr. dafür jetzt schon liquidirt worden und es hat daher aufs Neue eine sehr bedeutende Vorzugsbewilligung eintreten müssen, die sich bis vor einigen Tagen auf 8,057,527 Thlr. belief, außer der Million aus dem Fonds der Seehandlung. Wir haben dieses Geld aus den bereiteten Beständen der Staatskasse hergeben können und werden auch voraussichtlich noch das ganze Jahr hindurch und in das folgende hinein in ähnlicher Weise prozedieren können.

Das Haus beschließt sich über die geschäftliche Behandlung dieser Vorlage erst später schlüssig zu machen, zumal Abg. Richter daran erinnert, daß vielleicht die Einsetzung eines Ausschusses der Budgetkommision für Rechnungskontrolle beliebt werden wird.

Der Finanzminister legt ferner vor einen Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. September 1870 betreffend die Konsolidation der preuß. Anleihen, und betont, daß die Besitzer von 4½, proz. Anleihen bis zum Betrage von 34,749,960 Thlr. vorgezogen haben, die Konsolidation nicht vornehmen zu lassen, daß diese also noch in den alten Verhältnissen geblieben sind.

Ferner legt er auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 20. Oktober d. J. den Staatshausbilanzetat pro 1873 vor und gibt zunächst einen erfreulichen Aufschluß über die Finanzverhältnisse des Staates im Jahre 1872. Der große Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens hat naturgemäß dazu beigetragen, die Staatsentnahmen zu erhöhen. Allerdings hat die Preissteigerung in Bezug auf die Arbeitslöhne, Lebensbedürfnisse und Wohnungsmieten auch in ihrem Rückgang auf die Vermehrung des Staats Einfuß über müssen. Aber im Ganzen und Großen sind doch die vermehrten Einnahmen bei Weitem überwiegender, namentlich in dem Bereich des Herrn Handelsministers haben die Bruttoneinnahmen in den ersten drei Quartalen d. J. gegen 1871 einen Mehrbetrag von 10,633,000 Thlr. herbeigeführt. Dieser Mehreinnahme steht natürlich auch eine sehr hohe Bruttoausgabe gegenüber, in der Bergwerks- und Eisenbahnverwaltung. Eine Mehrausgabe von 6,518,098 Thlr. es bleibt aber für diese Verwaltungen gegen das d. J. ein sehr großer Ueberschuz. Ferner haben die direkten Steuern, nämlich die Einnahme an Stempel, einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Diese Periode der Häufungsspekulation, der Spekulation mit Grundstücken, der Gründung von Aktiengesellschaften, hat auch dem Fiskus ein Benefit gebracht. Mit aller Zuversicht können wir auf einen sehr bedeutenden Ueberschuz pro 1873 rechnen. Was die Voranschläge für 1873 betrifft, so können bei der Domänenverwaltung große Schwankungen nicht eintreten. Es stellt sich hier sogar eine Minderentnahme heraus, in Folge fortwährender Ablösungen von Renten und durch Weißfärb der Spielplatz in Wiesbaden u. s. w. Der Ertrag der Fortverwaltung ist um 600,000 Thlr. höher anzusezen, aber es stehen dieser Summe große Mehrausgaben gegenüber für Befreiungen, Dienstgebäude der Forstbeamten (150,000 Thlr.) im Ordinarium, und außerdem 200,000 Thlr. im Extraordinarium für veränderte Zwecke.

Bei den direkten Steuern haben wir einen Mehrertrag von 931,000 Thlr. veranschlagt, darunter für Einkommensteuer ein Mehr von 455,000 Thlr., d. h. eine Summe, die einer Vermehrung des Einkommens um 15 Millionen entspricht. Die Eisenbahnabgabe ist erheblich um 426,500 Thlr. gestiegen, die Klost- und Generiebersteuer nur um 96,000 Thlr. Die indirekten Steuern versprechen eine Vermehrung um 1,863,000 Thlr. brutto oder 1,363,500 Thlr. netto, darunter die Stempelsteuer mit 1,400,000 Thlr., die Mahlsteuer mit 50,000 Thlr. die Schlachtfeste mit 126,000 Thlr.

Dazu kommen 287,000 Thlr. zur Befreiung der Erhebungskosten von Reichsteuern. Der Ertrag von der Seehandlung wird mit 1,700,000 Thlr. Einnahme veranschlagt, da ihr lebensjähriger Gewinn sich auf 2,455,340 Thlr. 7 Sgr. 7 Pf. beläuft. Da es nun nicht in der Absicht liegt, das Vermögen der Seehandlung noch weiter anzuwachsen zu lassen, so haben wir für 187

sen für Eisenbahnanleihen die Summe von 843,000 Thlr. Trotzdem schließen wir bei der öffentlichen Schuld mit dem Resultat ab, daß auf die Verzinsung ein Betrag von 879,300 Thlr. weniger als im vorigen Jahre zu verwenden sein wird.

Bei der allgemeinen Finanzverwaltung treten für 1873 große Änderungen ein. Die Einnahme des Staatshauses wird auf 4,500,000 Thlr. veranschlagt, also um 1,200,000 Thlr. höher als im vorigen Etat; doch handelt es sich auch hier um Einnahmen, die nicht regelmäßig wiederkehren, die uns also machen, etwas für extraordinaire Zwecke herzugeben. Die Matrikularbeiträge für das Reich werden um mehr als 6 Millionen sich für 1873 ermäßigen.

Unter diesen Umständen ist die Staatsregierung im Stande, 1 Million Thaler für die Durchführung der Kreisordnung, an der ihr sehr viel liegt (Beispiel), auszusezieren; sie soll selbstverständlich nicht kostspieliger werden, als nötig ist. Diese Million wird die Staatsregierung als eine dauernde Rente zur Durchführung der Kreisordnung zur Verfügung der Landesvertretung halten, mögen die Kosten größer oder geringer sein. Zugleich soll eine andere größere Aufgabe gelöst werden, die Ausstattung der noch nicht dotirten Provinzen mit Provinzialfonds, die jährlich 4% Millionen in Anspruch nehmen würde.

Wir glauben, daß diese Summe zu beschaffen sein wird, theils durch die Abschaltung bisheriger Ausgaben von dem Etat, theils durch Gründung einer Rente. Die Abschaltung wird eine Sorge für spätere Zeiten sein. Den Fonds für Chaussee-Neubauten haben wir auf 2,000,000 Thlr. erhöht, also verdoppelt. Wir nehmen im Allgemeinen an, daß für die Kreisordnung und für die Provinzialfonds eine Summe von ungefähr 5½ Mill. ständig gemacht werden muß. Über die Disposition über diese Fonds wird noch ein besonderes Gesetz ergeben. Für Begebauten haben wir geglaubt, diese Million mit den übrigen Fonds nicht zusammenstellen zu dürfen, da es ein großer Gewinn ist, wenn diese Bauten schneller gefördert und dem Verkehr übergeben werden.

Herrn glaubt Ihnen die Staatsregierung noch eine Vorlage bringen zu müssen über die Besoldung der Beamten, die bei der Steigerung der Lebensbedürfnisse, Mieten u. s. w. eine Aufbesserung erfahren müßt. Im Frühjahr habe ich die Materialien dazu sammeln lassen, um eine bessere Ansicht über den Kostenbetrag zu erlangen und wird Ihnen demnächst eine Vorlage zugehen, wodurch für die Beamten Wohnungszuschüsse u. s. w. erbeten werden. Es soll Ihnen darüber später ein Gesetz vorgelegt werden. Als derjenige Betrag, welcher die Staatskasse bei Aufbesserung der Lage der preußischen Zivilbeamten belasten wird, ist von uns der von 2,215,000 Thalern angenommen worden. Es versteht sich von selbst, daß ebenso wie den preußischen Zivilbeamten, auch den Beamten des Reiches eine Erhöhung an Wohnungsgeldern gewährt werden muß. Auch dort haben in dieser Hinsicht bereits Ermittlungen stattgefunden, die eine Erhöhung von Wohnungszuschüssen für Zivil- und Militärbeamte einen Mehrbetrag von 1,347,000 Thalern ergeben haben. Und ebenso wird man auch für die Herren Offiziere eine entsprechende Erhöhung bewilligen müssen. Doch dies nur bedämpft, weil es Sache des Reiches ist. Nachdem wir das Ordinarius der Finanzverwaltung in dieser Weise belastet haben, so bin ich nun auch in der Lage, den Vorschlag zu machen, bei diesem Kapitel in Extraordinario einen sehr bedeutenden Betrag zu bestimmen, um eine extraordinaire Schuld zu tilgen. Dieser Betrag würde sich auf 7,760,000 Thlr. belaufen.

Im Ministerium für Handel und Gewerbe ist ein Mehrbetrag von 1,348,817 Thlern erforderlich. Es sind in dem Reiseort dieser Verwaltung einzelne größere Bauten zu bewirken, u. A. hier in Berlin der Bau eines Gewerbe-Museums und würde hierfür eine erste Rate von 150,000 Thalern angenommen.

Bei dem Justiz-Ministerium steht eine höhere Besoldung der Beamten auf dem Etat und für Gütersarbeiter eine Mehrausgabe von 277,000 Thalern. Es würde im Ganzen ein Mehrbetrag von ungefähr 2 Millionen Thalern erforderlich sein.

Bei dem Ministerium des Innern steht ein Mehrbetrag von 1,940,000 Thalern in Aussicht, wobei 614,000 Thaler für Gehalts-erhöhungen, Ferner war auch eine Erhöhung der Gehälter der Disziplin-Kommissarien unerlässlich.

Bei dem landwirtschaftlichen Ministerium wird das Ordinarius sehr wesentlich erhöht, da zu Ankaufen von Pferden eine bedeutende Mehrausgabe vorhanden ist. Außerdem ist diese Verwaltung in Extraordinario besonders hoch belastet. Es wird eine erste Rate von 15,000 Thlr. für ein landwirtschaftliches Museum erforderlich. Die Summe von 450,000 Thalern für Landes-Melioration wird in diesem Jahre erhöht. Zum Ankauf von Pferden wird der Betrag um 60,000 Thalern erhöht werden.

Beim geistlichen Ministerium tritt eine besonders größere Erhöhung wie im vorigen Jahre ein. Die Erhöhung wird auf 1,897,000 Thaler erforderlich sein. Die wichtigsten Posten zu dieser Mehrausgabe bilden die höheren Bezahlungen für die Universitätsschreiber. Die Mehrausgabe für andere Zwecke der Universitäten wird auf 150,000 Thaler, für Gymnasien 50,000 Thaler, für Seminarien dieselbe Summe benötigen, auch auf das Elementarfachwesen ist eine halbe Million Thaler zu verwenden. Zur Begründung von neuen Elementarschulen wäre eine Summe von 250,000 Thlr. unerlässlich; außerdem kommen noch kleinere Beträge für erneurte Elementarschreiber von 17 Tausend Thalern und für ähnliche Zwecke in Betracht. Auch für Kunstszecke sind ansehnliche Summen ausgeworfen, so für den Bau eines Kunstmuseums für Berlin der Betrag von 108,000 Thaler. Ferner sind auch für die bessere Besoldung der Medizinalbeamten höhere Beträge ausgeworfen, so daß eine Mehrausgabe von nahezu 2 Millionen Thalern herauskommt.

Bei diesen bedeutenden Mehrausgaben ist vornehmlich die Universität Kiel in Betracht gezogen worden. Zur Übernahme des Baues ist ein Kostenaufwand von 306,000 Thalern in Aussicht gestellt. Auch die Universität Bonn ist erheblich bedacht. Endlich sind noch ansehnliche Mehrausgaben zum Bau von Seminarien zu bewilligen und zwar im Betrage von 755,000 Thalern, zu welchem Zweck Ihnen noch eine Vorlage gebracht wird. Wenn ich Alles das, was ich bisher aufgezählt habe, zusammenfasse, so ergibt sich daraus das Resultat, daß unsere Einnahmen sich stellen werden nach dem Vorschlag auf 206,762,613 Thaler. Sie übersteigen die des Vorjahres um 19,613,000 Thlr., die dauernden Ausgaben nach dem Vorschlag auf 183,180,970 Thlr., die einmaligen außerordentlichen Ausgaben zur Schuldenstättigung auf 7,760,000 Thlr.

Ich hoffe, daß Sie dieser unserer Vorlage Ihre Einwilligung nicht verfagen, sondern zu den maßgebenden Mehrausgaben freudig Ihre Zustimmung geben werden, so daß die reichere Entfaltung des Vaterlandes auf allen Gebieten nicht ausbleiben wird.

Der Minister schließt unter dem lebhaften Beifall des Hauses, daß über die geschäftliche Bezahlung auch dieser Vorlage keine Entscheidung noch vorbehält und sich der Beratung von Petitionen zuwendet, zunächst der Petitionen des Ausschusses für die innere Mission und des Gemeindkirchenrats der Jerusalems- und Neuen Kirche in Berlin wegen strengerer Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen gegen das Überhandnehmen der Prostitution in Berlin. Die Kommission beantragt die Petitionen der Staatsregierung mit dem Ersuchen zu überweisen: 1) die jetzt schon zum Schutze gegen die öffentliche Sittenlosigkeit bestehenden Gesetze energisch zu handhaben; 2) zu erwägen, welche ortspolizeilichen Maßregeln durch die besonderen Verhältnisse Berlins zur Einschränkung der Prostitution geboten sind. Dazu beantragen 1) v. Bunsen als Nr. 3 hinzuzufügen: der vorliegenden Beschwerde erneuten Anlaß zur Erwähnung der Frage herzugeben, ob nicht einige Zweige der Polizei unverweilt der städtischen Verwaltung Berlins zu überweisen seien. 2) Dr. Löne: "Die Petitionen der Staatsregierung zur Erwähnung dabin zu überweisen, daß der Unterricht in den Mädchen- und weiblichen Bildungsanstalten in größerer Ausdehnung als bisher auf die Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts gerichtet werde, weil die bessere Bildung, besonders die höher entwickelte Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts ein wesentliches Mittel gegen die Ausbreitung der Prostitution ist." - 3) Jung: "Die Petitionen der Staatsregierung zur Erwähnung dabin zu überweisen, ob und welche Maßregeln zur Einschränkung der Prostitution außer der energischen Handhabung der jetzt schon zum Schutze wider die Sittenlosigkeit bestehenden Gesetze zu ergreifen seien."

Der letzte Antrag wird zurückgezogen, dann aber vom Abgeordneten Engelken wieder aufgenommen.

Abg. Engelken erklärt sich gegen die Anträge der Kommission, weil es falsch wäre, einen einzelnen Zweig des Baumes abzuschneiden und den Baum selbst stehen zu lassen. Der Gang der Gesetzgebung ist wohl zum Theil Schuld daran, daß diese äußerer Erscheinungen bis zur Unextraktierbarkeit gesteigert worden sind. Die absolute Freiheit hat es unmöglich gemacht, dem Zustrom weiblicher Dienstboten Schranken zu setzen. Während man sie früher ausschreiben konnte, wenn sie nicht in bestimmter Zeit ein Unterkommen hatten, müssen sie jetzt im Orte gelassen werden, wenn sie überhaupt nur ein Dach gefunden, d. h. Schutz gegen Regen und Schnee. Die öffentlichen Schantafale sind gar nicht mehr in Kontrolle zu halten. Die Prüfung der Bedürfnisfrage hierbei ist eine sehr relative. Eine große Anzahl ist ja darauf berechnet, der Prostitution zu dienen. Theater wachsen wie Pilze aus der Erde und führen Gegenstände auf, die kaum einen entfernten Anspruch auf Sittlichkeit machen dürfen, ja geradezu die Prostitution und ihre Priesterinnen verbreitern. (Sehr richtig.) Ehe wir nicht diesen Zuständen ein Ende machen, werden wir auch der Prostitution nicht wirksam entgegentreten können. (Sehr richtig.) Ich vermitte in der Petition wie in dem Kommissionsbericht eine Angabe von Mitteln, wie diesen beklagenswerten Zuständen abgholfen werden kann. Nach meiner Ansicht können die Mittel nur präventiv oder repressiv sein. Als Präventivmaßregel hat man die Errichtung öffentlicher Häuser vorgeschlagen, das Beklagenswerte, was überhaupt gehabt werden kann. Denn abgesehen davon, daß die Staatsregierung in einem Konflikt mit dem Strafgesetzbuch kommen würde, so würden sie auch den Zweck, die Strafe vor den Erscheinungen der Prostitution zu säubern, gar nicht erreichen. Es sind beispielsweise in der Zeit, wo in Berlin öffentliche Häuser existierten, 300 Intribute gewesen, aber 6000 vagirende. Jetzt allerdings ist die Zahl der notorisch Prostituierten auf 16,700 angewachsen. Hamburg hat 1000 Intribute, 4000 Vagirende; Flensburg 60 Intribute, aber eine ganz Strafe von vagirenden Dirnen. Wer jemals in italienischen Städten, speziell in Neapel gewesen ist, wird wissen, daß nirgend eine solche Freiheit herrscht als gerade dort; der Zweck, die Strafen zu säubern, wird also durch jenes Mittel nicht erreicht. Ebensoviel ist der Zweck die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten zu verbüten. Ein Franzose hat nachgewiesen, daß das Verhältnis der in öffentlichen Häusern Infiltrirten 1:15 ist, das Verhältnis der von vagirenden Dirnen 1:29. In Berlin waren von 213 derartig Erkrankten 67 in öffentlichen Häusern infiltrirt. Man könnte noch behaupten, die ärztliche Untersuchung lasse sich in den öffentlichen Häusern leichter bewerkstelligen. Darauf sind nicht diese Häuser das Heilmittel gegen die Prostitution, sondern die ärztliche Untersuchung, und die läuft sich auch ohne öffentliche Häuser regeln. Sie hat ja sogar bis jetzt mit günstigem Erfolg stattgefunden. Im Verlaufe von 10 Jahren sind 20,626 Frauenzimmer unschädlich gemacht worden. Es wurde also die ärztliche Untersuchung das einzige richtige Mittel sein, was vorgeschlagen werden könnte. Ich komme nun zu den Regressivmaßregeln. Ein Ausnahmegesetz und Polizeiverordnungen würde ein Notstand sein, so lange man mit den bestehenden Gesetzen auskommen kann. Das Strafgesetzbuch bietet uns die Mittel, repressiv einzuschreiten. Wenn wir §§ 229—30 anwenden wollten, würden schon befriedigende Resultate erzielt werden.

Ich spreche mich daher gegen den Kommissionsantrag aus und nehme den Antrag des Abg. Jung wieder auf. Den Antrag des Abg. Löwe würde ich unterstützen und für zulässig erklären. Dagegen kann ich bei dem Antrag des Abg. Bunsen nicht begreifen, wie man zu derselben Zeit Energie verlangt und dennoch die einheitliche Verwaltung trennen will. Gegen diesen Antrag spreche ich mich entschieden aus und bezeichne den Antrag Jung als zur Annahme besonders geeignet. Aber, meine Herren, auch dies trifft nur die faulen Früchte, der Baum selbst bleibt noch bestehen.

Abg. Eberty. Es trifft Berlin selbst kein Tadel; mit räuberischer Zunahme der Bevölkerung wächst die Prostitution überall reisend, Berlin ist darin nicht schlechter als andere Hauptstädte. Der Antrag Löwe trifft den Kern der Sache. Es ist aber die Pflicht der Polizei, der Prostitution Schranken zu setzen. Der königlichen Polizei ist es nicht möglich, denn ihre Aufgaben sind zu manifattig. Recht eigentlich ist dies Sache der Kommunalverwaltung; sie steht dem Familienleben näher; sie besitzt die genaue Kenntnis der lokalen Verhältnisse. Aus diesen Gründen halte ich die Überweisung auch dieses Zweiges der Polizeiverwaltung an die Kommune für zweckmäßig.

Regierungskommissar Wolff: Die Regierung war eifrig bemüht, den Zuständen abzuhelfen, besonders in der Beziehung, daß die Prostitution aus den öffentlichen Lokalen entfernt wird und ich glaube, es ist schon eine Besserung eingetreten. Ich will nur anführen, daß in den letzten beiden Monaten 3609 Prostituierte eingezogen und 1190 wegen Übertretung der Vorschriften bestraft sind. Von Lokalen sind 55 auf die Polizeistunde gesetzt. Was die Entfernung der weiblichen Bedienung aus den Lokalen betrifft, so ist ein unbedingtes Verbot nicht möglich. Dagegen saat § 361 ausdrücklich, daß die Polizeibehörde spezielle Anordnungen treffen könne. Solche Anordnungen bestehen ja in Berlin, es fehlt der Polizeibehörde nur an exekutiven Kräften. Eine Vermehrung derselben ist in Aussicht genommen und an geeigneter Stelle vorgeschlagen worden. In Betreff des Antrages Bunsen will ich bemerken, daß die Sittenpolizei am allerwenigsten von der Exekutive getrennt werden darf.

Referent Dr. Witte: Der erste Theil des Antrages der Kommission ist wesentlich darauf gerichtet, daß die zum Schutze der öffentlichen Sittlichkeit bestehenden Gesetze energisch gehandhabt werden.

Ein Missbrauchsverbot für die seitige Polizeiverwaltung liegt darin nicht. Es thut mir leid, daß ich den zweiten Theil nicht verteidigen kann. In dem Amendment des Abg. Löwe ist nur ein Punkt ins Auge gefaßt. Die Unwissenheit ist zwar eine Quelle, aber nicht die einzige. Ich glaube sogar sagen zu können, daß ein gewisser Grad von elementaren Kenntnissen den Prostituierten eigen ist. Dem augenblicklichen Notstande wird durch ein Mittel nicht abgeholfen, welches für die Zukunft eine Bedeutung gewinnen könnte.

Der Kommissionsantrag wird angenommen, alle Amendements werden abgelehnt.

Der Rest der Petitionen ist ohne funderliches Interesse. Erwähnt sei noch, daß die Gelegenheitswürfe, betreffend die rechtliche Stellung des Fürsten Sayn-Wittgenstein und des Herzogs von Arenberg einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen werden. Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Antrag Berger betreffend die Änderung der Geschäftsordnung und Petitionen. Am Sonnabend wird Beschuß über die Behandlung der heute eingebrachten Finanzvorlagen gefaßt werden können.

### 25. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 23. Oktober 11 Uhr. Am Ministerial-Graf Eulenburg, Graf Noen, Graf v. Ipenitz, Camphausen, Leonhardt, Geh. Rath Persius.

In der Fortsetzung der Generaldebatte über den Kreis-

Ordnungs-Entwurf ergreift zunächst das Wort

Graf zur Lippe: Der vorliegende Gesetzes-Entwurf faßt so verschiedenartige Materien in sich, daß es schwer ist, sie in der Generaldebatte zusammenzufassen. Zunächst ist nicht klar gelegt, was eigentlich das letzte Ziel der Regierung bei dem Entwurfe ist? Soviel steht fest, daß wenn der Entwurf zum Gesetz erhoben wird, es sich dabei nur um einen Theil eines Reformprojekts handelt, welchem weitere Reformen bald nachkommen werden. In der Vorlage selbst hat die Regierung dies in Aussicht gestellt. Die Kommission hat den Zweck im Auge zu behalten, in 30 Sitzungen eine Arbeit fertig zu stellen, die für das hohe Haus annehmbar ist und dem Bedürfnis der Zeit entspricht. Allein wir kommen über den Umfang der Reformen zu einer einheitlichen und abschließenden Ansicht nicht kommen, weil in dem Entwurf das fehlt, was den Inhalt eines jeden organischen Gesetzes bilden muß. Es ist ein Naturgesetz, daß sich das Allgemeine aus dem Besonderen zusammensetzt, und von diesem Gesichtspunkte ausgehend, wollen wir das Allgemeine nach gesunden Begriffen ordnen und sichten. Die Vorlage bezweckt alles bestehende Recht aufzuheben, wie schon in den Schlagworten: Selbstverwaltung, Ertödung der Bürokratie u. s. w. ausgedrückt ist; d. h. ein Gesetz in eine Karikatur umzuwandeln. Der

Entwurf nennt sich eine Kreisordnung, modifiziert jedoch nicht einmal die Funktionen der Staatsregierung, berührt Verhältnisse, die in keinem Zusammenhange zu einander stehen und überweist einzelne Theile an besondere eigenthümlich geschaffene und zusammengelegte Vertretungen. Diefer aus verschiedenen Materien zusammengelegte Entwurf ist daher nichts weiter als eine Mischung für einen sehr frakten Mann, keinenfalls aber geeignet, das Leben eines gewunden kräftigen Mannes neu zu beleben. Wenn Reformen als notwendig anerkannt werden, so müssen sie für den ganzen Staat in Angriff genommen und durchgeführt werden. Eine Kreisordnung, wie der vorliegende Entwurf, die sich nicht an das bestehende anschließt, muß gleichzeitig für sämtliche Provinzen eingeführt werden, oder warum will man einzelne Provinzen anderen hinter anstellen unter dem angeblichen Vorwande, daß sie noch nicht dazu organisiert seien? Hätte die Staatsregierung einen das ganze Staatsgebiet umfassenden, die besonderen individuellen Eigenthümlichkeiten einer jeden Provinz berücksichtigenden Gesetzentwurf eingebracht, wir würden ihm mit Freuden unsere Zustimmung gegeben haben. Mit einem Wort, wir haben den Boden der realen Verhältnisse verlassen und sagen abstrakte Theorien nach. In dem Entwurf sind verschiedene Wahlkörper errichtet worden. Der Gemeinde-Vorsteher und die Schöffen werden von der Gemeinde gewählt, mithin die Gemeinde zum Wahlkörper erhoben; jeder Eingesessene ist wählbar. Wenn jetzt der Gerichts-Schulje vom Gerichtsherrn aus den angehenden Grundbesitzern ernannt wurde, so soll jetzt anstatt einer obrigkeitlichen Ernennung eine Wahl auf breiter Grundlage eingeführt werden. Wir finden meistenteils in unseren ländlichen Gemeinden eine gewisse Aristokratie zwischen Besitzenden und Eingesessenen. Das Interesse der kleinen Leute befindet sich fast immer in einem größeren oder geringeren Kampfe gegen die Interessen des Besitzes. Kein großer Bauer will und wird sich von einem Dutzend Tagelöhner etwas jagen lassen. Man kann unmöglich übersehen, ob wirklich die Wahl auf den Sachfundigen fallen wird, da schwerlich Wahlagitationen ausbleiben werden. Und Wahlagitationen zerreißen die Bande, welche sonst bei gleichartigen Interessen die Gemeindemitglieder an einander knüpfen. Dieselben Erscheinungen werden möglicherweise auch bei den Wahlen zum Kreistage hervortreten. Was die Aufgabe des Kreisausschusses unter Leitung des Landrats ist, ist in dem Entwurf speziell präzisiert. Den Landrat unterstützen sechs Mitglieder, welche von der Kreisversammlung aus der Zahl der Kreisgelehrten mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden. Ist der Landrat ein rechtsverständiger, energetischer Mann, so wird er möglicherweise an diesen sechs Mitgliedern eine Unterstützung finden, jedenfalls wird sein Wort den Ausschlag geben; ist er schwach, dann dürfte er leicht ein Werkzeug seiner Besitzer werden. Warum überhaupt die Staatsregierung die gegenwärtige Zusammensetzung der Kreistage, die wahre Bildungsstätte für die ländliche Verwaltung ändern will, ist mir unklar, ihre Motive erscheinen mir nicht zutreffend. Bis jetzt wenigstens hat der Staat, was selbst die Regierung nicht anerkennt, in den Mitgliedern der Kreistage stets die willigsten Organe zur Unterstützung seiner Zwecke, wie in der Militär- und Steuerbereitwilligungsfrage u. c. gefunden. Der Entwurf ziebt dahin, den großen Grundbesitz auf Null zu reduzieren, der große Grundbesitz soll seine alte Bedeutung verlieren. Ich beklage es tief, daß die Staatsregierung bei den gegenwärtigen Strömungen der Zeit es für opportun hielt, unter dem Vorwande des Rechts den Stand der Rittergutsbesitzer zu unterdrücken, einen Stand, welcher durch Sitte, Gebräuche, stets bereite Opferwilligkeit so eng mit den Interessen des Vaterlandes verknüpft ist. Die Regierung glaubt diesen Stand so zu organisieren, wie man vielleicht eine Alttingergesellschaft gründet oder umschafft. Auf diese Weise wird das individuelle Kreisleben gelöscht, der Durchschnittsmarktstab den realen Verhältnissen nicht entsprechen. In Folge der Agrar-Gesetzgebung erlangten die Grundbesitzer einen nie geahnten Wohlstand, ihre Rechte sind durch das Gesetz vom 14. April 1856 wesentlich geschränkt worden. Es liegt dies weniger in lokalen Beschiebungen, als in den später folgenden Gesetzen, wie Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Alttingergesellschaften. Wir müssen dem Grundbesitz die reale Bedeutung wiederherstellen und deshalb wünsche ich, daß das alte germanische Erbrecht bei Immobilien wieder hergestellt werde. (Bravo). Der Entwurf hebt die mit dem Besitz eines Guts verbindende polizei-obrigkeitliche Gewalt auf. Und doch entspricht es der guten Sitte, daß der Rittergutsbesitzer auch gleichzeitig die Polizei ausübt. Sollte seinerseits die Polizei einen Sitzen, daß das alte germanische Erbrecht bei Immobilien wieder hergestellt werde. (Bravo). Der Entwurf hebt die mit dem Besitz eines Guts verbindende polizei-obrigkeitliche Gewalt auf. Und doch entspricht es der guten Sitte, daß der Rittergutsbesitzer auch gleichzeitig die Polizei ausübt. Sollte seinerseits die Polizei einen Sitzen, daß das alte germanische Erbrecht bei Immobilien wieder hergestellt werde. (Bravo). Der Entwurf hebt die mit dem Besitz eines Guts verbindende polizei-obrigkeitliche Gewalt auf. Und doch entspricht es der guten Sitte, daß der Rittergutsbesitzer auch gleichzeitig die Polizei ausübt. Sollte seinerseits die Polizei einen Sitzen, daß das alte germanische Erbrecht bei Immobilien wieder hergestellt werde. (Bravo). Der Entwurf hebt die mit dem Besitz eines Guts verbindende polizei-obrigkeitliche Gewalt auf. Und doch entspricht es der guten Sitte, daß der Rittergutsbesitzer auch gleichzeitig die Polizei ausübt. Sollte seinerseits die Polizei einen Sitzen, daß das alte germanische Erbrecht bei Immobilien wieder hergestellt werde. (Bravo). Der Entwurf hebt die mit dem Besitz eines Guts verbindende polizei-obrigkeitliche Gewalt auf. Und doch entspricht es der guten Sitte, daß der Rittergutsbesitzer auch gleichzeitig die Polizei ausübt. Sollte seinerseits die Polizei einen Sitzen, daß das alte germanische Erbrecht bei Immobilien wieder hergestellt werde. (Bravo). Der Entwurf hebt die mit dem Besitz eines Guts verbindende polizei-obrigkeitliche Gewalt auf. Und doch entspricht es der guten Sitte, daß der Rittergutsbesitzer auch gleichzeitig die Polizei ausübt. Sollte seinerseits die Polizei einen Sitzen, daß das alte germanische Erbrecht bei Immobilien wieder hergestellt werde. (Bravo). Der Entwurf hebt die mit dem Besitz eines Guts verbindende polizei-obrigkeitliche Gewalt auf. Und doch entspricht es der guten Sitte, daß der Rittergutsbesitzer auch gleichzeitig die Polizei

## Tagesübersicht.

Posen, 24. Oktober.

Um die unentschiedenen Elemente des Herrenhauses, welche zwischen Abneigung gegen die Kreisordnung und Zuneigung für die Regierung schwanken, zum Widerstande zu ermuntern, suchen die Gegner der Kreisordnung die Meinung zu verbreiten, daß die Regierung selbst von diesem Reformgesetz sehr wenig erbaut sei und es nur vertheidige, weil sie dem Kompromiß der Parteien im Abgeordnetenhaus beigegeben sei. Die „Kreuztg.“ behauptet sogar, daß Fürst Bismarck persönlich für den partikularistischen Weg provinzieller „Fortschaltung“ sich interessirt und meint daher, die Regierung müsse sich freuen, wenn sich „die konservative Partei fester und bewusster zeigt, als man hoffen konnte.“ Ob dieses Manöver durch die beiden letzten Reden des Ministers des Innern unwirksam gemacht worden ist, läßt sich schwer beurtheilen. Auch die „Provinzial-Korrespondenz“ redet heut den widerstreubenden „Herren“ ins Gewissen. Sie schließt ihre Ermahnung mit folgenden Sätzen:

Der Entwurf, wie er dem Herrenhause vorliegt, ist im Großen und Ganzen unverkennbar die Frucht eines ernsten und gewissenhaften Kompromisses zwischen allen (!) Parteien, einer tiefgehenden Verständigung, wie sie in solchem Maße noch niemals erreicht war und nur unter der Gunst der erwähnten Zeitumstände erreicht werden konnte. Deshalb durfte die Regierung glauben und glaubt es noch jetzt, daß der Zeitpunkt gekommen sei, welcher „die Reife der Frucht“ ankündigt. Die Regierung ist in vollster Einmuthigkeit überzeugt, daß ein Misslingen der Vereinbarung jetzt, nachdem Alles für das Gelingen vorbereitet ist, ein nicht wieder gutzumachender Schaden gerade für eine stetige und konservative Entwicklung unserer inneren Verhältnisse und zugleich der schwerste Schlag für die konservative Partei in Preußen sein würde. Sie legt daher nicht bloss den allergrößten Werth darauf, daß diese Gezeitung endlich zum Abschluß gelange, sondern ist auch der Zuversicht, daß der besonnen praktische Geist, welchen das Herrenhaus in Augenwürdigkeit wichtiger Entscheidungen noch niemals verleugnet hat, sich auch jetzt bewähren werde.

In dem Staate der Hochkonservativen, bemerkt dazu die „Spen. Z.“, ist leider von jenem „praktischen“ Geist und von der Einsicht, daß sie durch ihren Widerspruch der konservativen Sache selbst den schwersten Schlag versetzen, noch nichts zu spüren. Man hat es leider in den letzten Wochen verfaßt, der feudalen Opposition durch Maßregeln deutlich zu machen, wie hohen Werth man auf die Kreisordnung legt. Die Reden und die Leitartikel werden nicht viel helfen.

Der Sieg, den die republikanische Partei in Frankreich bei den Nachwahlen davongetragen hat, darf keineswegs als ein Zeichen aufgefaßt werden, daß die republikanischen Ideen unter dem Volke an Ausdehnung gewonnen hätten, sie bedeuten nur, daß die Nation, ermüdet von sinnlosen Kämpfen, zunächst die sichere Gegenwart für eine illusorische Zukunft nicht opfern mag. Um diesem Provisorium eine gewisse Dauerhaftigkeit zu geben und die das Land in Aufregung haltende Diskussion der Parteien über die künftige Regierungsform einigermaßen zu dämpfen, arbeitet die gubernamentale Partei an dem Plane, Herrn Thiers die Präidentschaft auf Lebenszeit zu übertragen. „Frankreich“, sagt das „Memorial diplomatique“, „hat nur die Wahl zwischen Republik und Anarchie.“ Nachdem dies Blatt dann die Nothwendigkeit ausführt, die neue Ordnung der Dinge zu befestigen, fährt es fort:

Unter diesem Gesichtspunkt erfüllt uns mit Befriedigung, daß, wie wir erfahren, eine liberale und fortschrittliche Fraktion der Kammer sich anschickt, unmittelbar nach deren Wiederzusammentritt, die Einführung einer eventuellen *Biz. präsidentia. f. Republik* in Vorschlag zu bringen und daß späterhin, im Laufe des nächsten Jahres, sie der Versammlung zwei weitere Anträge unterbreiten will, wovon der eine die Bildung einer zweiten Kammer, der andere ein neues Wahlgesetz zum Gegenstande haben soll.

Gleichwie in allen übrigen Ländern ist auch in Irland der ultramontane Klerus dazu geschriften, die Kadres der gegen den Staat streitenden Kirche unter Benutzung der vom Staate gewährten gesetzlichen Freiheiten zu organisiren. So wird neuerdings in dem Dublener „Freemans Journal“ offiziell der Prospekt der „Katholischen Union von Irland“ veröffentlicht, die gegründet wurde, um die katholischen Interessen, sowie die Freiheit der Geistlichkeit und der religiösen Orden zu vertheidigen. Es ist ein oberster Rath aus 30 Mitgliedern erwählt, von denen fünf eine beschlußfähige Anzahl bilden. Seine Aufgabe besteht aus der Überwachung aller gesetzgeberischen Schritte, durch welche katholische Interessen berührt werden. Allm. Anschein nach wird diese agitatorische Tätigkeit durch die dem Kardinal Cullen bei seinem jüngsten Aufenthalt in Rom zu Theil gewordenen Instruktionen einen neuen Impuls erhalten.

In der englischen Presse tritt neuerdings auch die San Juan-Frage in den Vordergrund, zu deren Erledigung bekanntlich die schiedsrichterliche Entscheidung des deutschen Kaisers angerufen worden ist. Die „Times“ glaubt, diese Entscheidung noch nicht in nahe Aussicht nehmen zu sollen, während ein gewöhnlich gut unterrichteter Korrespondent der „K. Z.“ meldet, daß das Gutachten der dazu aufgeforderten Rechtsgeliehrten bereits Sr. Majestät vorliege.

„Die Wichtigkeit der San Juan-Frage, so meint die „Times“, für uns und unsere Kolonien an der pazifischen Küste ruht auf der That, daß die Insel San Juan sowohl aus Rücksichten des Handels als der Politik ein Stützpunkt ist, den es der Mühe lohnt, festzuhalten. Sie hat einen trefflichen Hafen, welcher, falls er von einer selbst verhältnismäßig schwachen britischen Flotte gehalten würde, jede feindliche Flagge von den Küsten der Vancouver-Insel und von British-Kolumbia fern halten würde. Die Amerikaner beanspruchen den Kanal von Haro, als denjenigen, welchen der Vertrag von 1846 im Auge hatte, wir dagegen behaupten, daß die Meerenge von Maria gemeint war. Das ist der Angelpunkt des Streites. Der Kaiser hat zu bestimmen, welcher von den auf den Navigationsfarten eingetragenen Kanälen am meisten in Übereinstimmung ist mit der richtigen Interpretation des Vertrages von 1846.“

Die Nachrichten aus Nordamerika lauten höchst ungünstig für Greeley; es ist heute kaum mehr zweifelhaft, daß er bei der Wahl am 5. November unterlegen wird. Er selbst und seine Parteigenossen gestehen dieses unumwunden ein und sind sie wohl durch den Ausfall der Wahlen in Pennsylvania und andern zweifelhaften Staaten zur Erkenntnis ihrer Schwäche gelangt. Aber so nothwendig eine Reformpartei für die Vereinigten Staaten auch ist, so wenig braucht man ihren durch Greeley's Niederlage bewirkten Tod zu beklagen. Sie war schon lebensunfähig, ja zur Selbstmörderin an sich geworden, als sie das unnatürliche faule Bündniß mit ihren geborenen Feinden, den alten Demokraten und Rebellen, einging.

### Für das auf dieser Seite Folgende

übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

## Dankesreden über Heilerfolg.

An den Hgl. Hoflieferanten Hrn. Johann Hoff in Berlin.

Drei Jahre bei Wittenberg. Ich bemerke hierbei, daß Ihr Malzextrakt-Gesundheitsbier meine Frau sehr gestärkt hat, und bezüglich der Heilfähigkeit mehr leistete, als ein anderer Mittei in dieser Hinsicht zu leisten im Stande war. Unziger, Pastor.

**Verkaufsstellen in Posen:** General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Frenzel & Co., Breitauerstraße 38 und Wilhelmplatz 6; in Neutomischl Herr A. Hoffbauer; in Bentschen Herr H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Schrimm die Herren Cassiel & Co.; in Schröda Herr Fischel Baum; in Wongrowitz Herr Herrm. Ziegel; in Pleschen: L. Zboralski.

## Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

### Revalescière Du Barry von London.

Seitdem Seine Heiligkeit der Papst durch den Gebrauch der delitalen Revalescière du Barry glücklich wieder hergestellt und viele Ärzte und Hospitäler die Wirkung derselben anerkannt, wird Niemand mehr die Kraft dieser köstlichen Heilnahrung bezweifeln, und führen wir die folgenden Krankheiten an, bei denen sie sich ohne Anwendung von Medizin und ohne Kosten bewährt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Atem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberkulose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserrück, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Ohrenbrausen, Ubelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. — Auszug auf 72,000 Certifikaten über Genesungen, die aller Medizin widerstanden.

### Certificat Nr. 71.814.

Crosne, Seine und Dame, Frankreich 24. März 1868.

Herr Richy, Steuereinnehmer, lag an der Schwindsucht auf dem Sterbebette und hatte bereits die letzten Sakramente genommen, weil die ersten Ärzte ihm nur noch wenige Tage Leben versprochen. Ich riet die Revalescière du Barry zu versuchen, und diese hat den glücklichsten Erfolg gehabt, so daß der Mann in wenigen Wochen seine Geschäfte wieder besorgen konnte und sich vollkommen hergestellt fühlt. Da ich selbst so viel Gutes von Ihrer Revalescière genossen habe, so füge ich gerne diesem Bezeugnisse meinen Namen bei.

Schwester St. Lambert.

Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Bleibüchsen von  $\frac{1}{2}$  Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. Revalescière-Biskuiten in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichsstraße; in Posen: Rothe Apotheke 21. Pfuhl, Krug & Fabrichs, F. Tromm, Jacob Schlesinger Söhne, in Polnisch Lissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Jnl. Schottländer, in Graudenz bei Fritz Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwartz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessenhändlern.

In unserem Verlage ist erschienen:

## Kalendarz polski i gospodarski

dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego na rok Pański 1873 z rycinami Tuzin 2 tal. 25 sgr., pojedyńco 10 sgr. Kalendarz ten zawiera, prócz astronom. i kościelnego.

Anna Orzelska, pani Blękitnego Pałacu, przez J. Bartoszewicza;

O rodzinie Kopernika;

Wyrównanie do miasta, historia noworocznia;

Obliczenia cen nowych miar i wag podług starych;

Wykaz jarmarków dla W. Ks. Poznańskiego, Prus Zachodnich, Wschodnich i Śląska, i t. d. i t. d.

Posen, im Oktober 1872.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.  
(E. Röstel.)

### Bekanntmachung.

163. und letzte Frankfurter Lotterie.

Höchster Preis Fl. 200,000.

Ziehung am 6. und 7. November 1872.

Ganze Lose a fl. 6. — oder Thlr. 3. 18 Sgr. Hälfte a fl. 3, oder Thlr. 1. 22 Sgr. und  $\frac{1}{4}$  a fl. 1. 30 oder 26 Sgr. sind gegen Einsendung des Beitrages, sowie nach Bestellung gegen Post nachzuzahlen bei dem Unterzeichneten zu beziehen.

J. M. Rhein,

[5872.] Hauptcomptoir: Metzengasse 6, in Frankfurt a. M.

## Gewinn-Liste der 4. Klasse 146. k. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 23. Oktober. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

24 59 90 148 77 234 323 58 571 612 16 25 86 (100) 821 (100). 1116 (500) 276 91 98 307 543 57 601 (500) 757 (100) 839 (500) 62. 2073 75 94 (500) 99 (500) 171 99 270 318 46 52 65 408 (100) 24 28 43 78 531 626 75 722 915 78 90. 3045 (100) 89 90 145 68 82 422 56 672 96 740 57 72 (100) 835 910. 4003 51 69 (100) 160 67 86 201 6 26 76 89 309 16 44 (200) 76 420 (100) 39 71 73 523 54 96 613 58 (100) 90 758 855. 5042 85 (200) 165 91 (500) 450 (100) 57 89 512 23 27 52 74 77 83 85 (200) 99 (100) 691 701 805 72 97. 6026 29 253 72 81 344 52 62 95 98 435 42 73 508 65 624 86 704 69 897 903 70 89 95 96. 7005 7 309 (200) 37 433 74 86 93 96 529 728 35 61 67 823 (200) 70 83 (100) 87 99 935 94. 8147 64 215 305 60 421 81 82 (100) 533 627 708 48 805 21 34 58 935. 9029 134 203 60 87 592 (1000) 664 68 70 (100) 79 97 719 42 72 89 863 86. 10,003 30 38 40 (100) 81 136 63 258 462 81 528 (200) 624 91 98 818 908 48. 11,012 18 147 71 75 205 38 62 482 502 92 655

704 17 92 814 24 915 45 56. 12,006 (200) 32 84 109 (100) 284 99 301 (500) 29 87 407 531 37 (100) 80 94 62 29 51 (100) 93 94 710 83 811 914 56 81 88. 13,008 26 62 150 (100) 79 217 93 314 40 97 426 47 50 82 (100) 99 590 720 49 (100) 52 86 828 63 91 919 14,090 91 146 48 239 87 381 447 (500) 54 60 82 504 (500) 723 816 915 24 91 (1000). 15,043 81 (1000) 90 93 357 73 444 (100) 68 86 512 (200) 86 607 (200) 64 100 73 708 19 80 878 (100) 932 (500) 36. 16,013 34 76 119 24 75 207 25 30 75 (100) 329 556 (100) 91 622 44 876 923 59 72 85. 17,084 122 (100) 28 (100) 41 50 89 235 62 69 302 14 583 624 62 79 703 809 32 69. 18,108 56 211 28 418 19 53 502 655 721 22 26 873 917 87. 19,181 97 214 (100) 319 20 35 420 33 54 74 76 88 (100) 626 69 719 56 (500) 68 827 28 58 948 55. 20,096 167 227 314 27 33 53 76 512 74 679 704 9 851 65 907. 21,001 18 (100) 84 278 309 63 (200) 77 (100) 423 31 44 63 534 61 622 54 (100) 58 92 729 825 (200) 42 (500) 93 (1000) 907 27 36 75. 22,085 94 107 68 71 334 43 70 (200) 76 424 44 52 73 (1000) 645 47 59 84 745 65 97 864 968 79. 23,005 51 (1000) 98 166 95 222 27 88 (100) 331 (1000) 58 443 73 570 90 603 12 (100) 24 77 752 83 85 (500) 802 (100) 15 (200) 904 70. 24,074 197 231 49 88 304 51 96 414 24 26 31 513 33 611 709 (100) 23 803 99 956. 25,152 220 55 59 (100) 354 97 413 512 54 (500) 81 98 608 (100) 708 26 (100) 40 49 98 809 (100) 25 59 99 993. 26,005 55 172 (100) 234 334 63 526 50 98 (500) 710 69 824 64 84 953 76 08 99. 27,005 10 22 27 29 (200) 116 (100) 27 91 (100) 205 360 56 84 433 78 (100) 516 82 643 (500) 718 35 37 41 (1000) 49 56 810 44 87 904 98 (200). 28,062 75 (100) 79 144 339 74 459 70 82 506 68 99 645 (500) 53 762 812 44. 29,004 32 121 (500) 61 220 (500) 76 352 (1000) 56 413 36 (100) 60 549 (100)

von Kleist-Kezow: Der Vorredner möge mir verzeihen, wenn ich sage, er gehört zu den Mitgliedern des Hauses, die anfänglich immer geneigt sind, Alles in rosigstem Lichte zu sehen und so wird wohl nicht viel Gemeinschaft zwischen uns übrig bleiben. Meine Herren! Es kann eine Institution, die man aufheben will kein glänzendes Zeugnis aussstellen werden, wie es in den Motiven von dem Minister des Innern selber geschehen ist. Da wird gesprochen von Würdigung der erspielichsten Dienste, die die Kreis-Korporationen in Krieg und Frieden dem preußischen Staatswesen geleistet haben, Würdigung der großen Erfolge, welche sie in unerschöpferbarer Form unter nemaliger Verzagung ihrer Dienste dem Gemeindewesen geleistet haben. Im Jahre 1867 werden diese Institutionen in die neuen Provinzen eingeführt, und nun mit einem erschallt der Ruf: Fort mit dieser Institution! Mit der Wurzel ausgerissen diese Institution! Das ist ein Widerspruch, den ich kaum zu fassen vermöge. Das ist ja schwarzer Schnee und glühend Eis. Ein solcher unlöslicher Widerspruch zwischen früheren und jetzigen Anschauungen und Handlungen ein und desselben Ministers ist auf die Dauer nicht zu tragen und wird sich auch in der ferneren Stellung des Ministers gewiß geltend machen. Herr v. Beditz hob gestern schon die aufopfernde Tätigkeit der ständischen Korporationen in den Kriegen der Jahre 1813–15 hervor. Ich kann noch andere historische Verdienste dieser Korporationen und Beweise der Hingabe für König und Vaterland anführen. Als im Jahre 1848 das wüste hochverräterische Geschrei durch das ganze Land ging gegen Seine jetzt regierende Majestät den König und Kaiser, den damaligen Prinzen von Preußen, da waren es die Stände, die auf Antrag eines ständischen Mitgliedes der Ritterkunst den ersten entschiedenen realitären Ausspruch hatten gegen das hochverräterische Geschrei, und mit gutem Erfolg. Damals sang man uns auf Strafen und Wegen entgegen: Adel, Adel du wirst abgeschafft, Stiefel, Stiefel du mußt sterben. Aber man wollte auch das ganze Königthum von Gottes Gnaden abschaffen und die Stände haben dazu beigetragen, es zu verhindern; daß die liberale Gesinnung vor allen Dingen derartige Korporationen lähmten will, begreife ich ja recht wohl. Seit dem Jahre 1860 ist fortwährend versucht worden, durch liberale Gesetzgebung an jenen alten Instituten zu rütteln; daß daraus nichts geworden ist und daß mit Gottes Hilfe auch aus dieser Gesetzgebung nichts werden wird, das liegt daran, daß man die neue Gesetzgebung nicht auf das geringschätzige Maß beschränkt, sondern geradezu radikal vorgeht. Von jenen Neuerungsversuchen mag ich aber ausnehmen die glänzenden Seiten des Konflikts unseres Ministeriums mit der liberalen Richtung der Parlamente. Damals dachte man nicht daran, die Kreis-Korporationen aufzubauen; im Gegenteil, sie waren gerade die Stütze dieses selben Ministeriums. Jetzt aber ist Ruhe und da greift man das Gesetz heraus. Das heißt doch nicht anders als: Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen. Nun, ich habe die Überzeugung, wenn wieder Verdrängnis da sein wird, dann wird man wieder schmerzlich die Hände nach den Stützen ausstrecken, die man jetzt forträumen will. Das ganze kommunale Leben kulminiert bei uns in den Kreistagen, sie sind zusammengezogen mit allen anderen Institutionen, der Provinzialvertretung, dem Patronat, dem Herrenhaus, der allgemeinen Landesvertretung. Was mit der Verfassung vorgeht, weiß der Bauer wenig, aber was mit der Kreisordnung vorgeht, das sieht er. Aber es ist nicht bloss die Absicht zu ändern und zu verbessern, sondern es ist bestimmte Absicht, diese lebenskräftigen, mit dem ganzen Leben des Landes verwachsenen Institutionen funditus aufzuhören. (Sehr richtig). Es gibt eine liberale oder vielmehr radikale Richtung, repräsentiert durch die Ansichten des Obertribunalrats Waldeck. Er sagte, was hilft uns die liberale Verfassung, die Gemeindeordnung, die Kreisordnung muß liberal umgestaltet werden. Ich weiß, daß der Herr Minister selbst den ursprünglichen Entwurf ganz anders formuliert hat, das Ministerium ist geprägt durch die liberale Partei. Man hat sich also später nach Gründen umgesehen, wie dennoch eine völlige Aufhebung zu rechtfertigen sei. Der erste Grund war, ich will eine Reorganisation der ganzen Verwaltung und deswegen muß ich die Kreis-Korporation ganz ändern. Der Erfolg wird sein, daß die Kreistage ein demokratisches Aussehen gewinnen. Das zweite Argument kann ich in ein Wort zusammenfassen: Unsere neuere politischen Ereignisse, als der Kampf des Jahres 1870 und 1871 gegen Frankreich. In diesem Kampf ist uns etwas Außerordentliches in den Schoß gefallen, weil das französische Volk desorganisiert war. Man sollte denken, denn es ist notwendig mit der größten Sorgfalt die alten Institutionen zu erhalten. In einem Lande, in dem Alles nivelliert ist, allein die eine Höhe, die Macht des Königs zu erhalten, ist ein gewagtes Experiment. Denn die königliche Macht ist nur zu erhalten, wenn sie der höchste Berg unter umgebenden Bergen und Hügeln ist. (Richtig). Es war durch die Gesetzgebung ausdrücklich bestimmt, daß eine Weiterentwicklung der Kreisordnung auf dem Wege der provinziellen Gesetzgebung geschehen sollte. Gerade dem Herrn Minister liegt viel an den Kreisausschüssen. Sie sind nur möglich, wo die Elemente dazu vorhanden sind. Wenn die Obrigkeit dem Gutsbesitzer entzogen wird, so entsteht im Lande eine radikale Atmosphäre. Durch diesen Gesetzesentwurf wird die Freiheit und Eigenständigkeit der Gemeinden befriedigt. Man sagt wohl, es haben die Gemeinden und Gutsbezirke es in ihrer Hand, dem Bezirk eine kommunale Gestalt zu geben. Die Gauamtgemeinden zerstören die Finanzen; Amt und Reich hört auf, und Reich und Reich sind von Gott geschaffen und müssen nebeneinander bestehen. Unsere ländlichen Gemeinden gruppieren sich um den Schulzen. Es ist dies ein vorzügliches Institut, man hat seine herzliche Freude daran, die Autorität des Schulzen zu sehen. Welch eine imposante Figur ist der Schulze gegenüber dem Bürgermeister eines kleinen Städtchens.

Zweitens, unsere gegenwärtige Polizeiverwaltung ist das Billigste und Einfachste, das Beste geradezu, was man sich denken kann. Durch ihr Verwachsen mit dem Grundbesitz sind die Interessen solidarisch; den Grundbesitzern liegt daran, daß nicht bürokratische Willkür und Plakette eintrete und obnein ist sie unentgeltlich.

Nun noch ein Wort tiefen Schmerzes darüber, daß der Herr Minister d. n. Fall des Böcklerschen Kindes anführt. Meine Herren, die Schuld dieser Verhältnisse trägt die Gesetzgebung. (Bravo!) Lassen Sie mich auch ein Beispiel anführen, Wahrheit und Dichtung, denn Dichtung ist Wahrheit. Ein Gendarm begegnet zwei Bummeln auf der Straße. Er fragt: "Wie heißen Sie?" Die aber fragen: "Wie heißen Sie denn?" "Zeigen Sie mir mal Ihre Papiere!" Da zieht der Gendarm sein Pistol und sagt: "Nun geht mal beide vor mir her, bis ich Euch sagen werde: Halt! Sie sehen ihn zuerst groß an, dann fassen sie sich unter und gehn." Er führt sie in die Stadt zum Bürgermeister und sagt diesem: "Die beiden, glaube ich, sind die neulich entsprungenen Straflinge. Der Bürgermeister untersucht die Sache, findet, daß es nicht so ist und läßt sie laufen. Der Gendarm hat keine Autorität bewahrt. Jetzt aber kann die Polizei Niemand mehr körperlich zwingen, sie kann nur mit Geldstrafen drohen. Das ist mir unerschöpflich, wie sie da ihre Autorität bewahren soll. – Wir haben gegenwärtig in unseren Kreis-Korporationen das ständische Prinzip. Das soll jetzt aufhören. Der Kreis bildet eine gesellschaftliche Gruppe mit charakteristischen Merkmalen der Wirtschaftsführung und Intelligenz. Ihre Kommission hat einer derartigen Gliederung Rechnung getragen, sie hat die Grenzen des Standes in mannigfacher Weise erweitert. Aber dagegen haben wir uns erklärt und dagegen müssen wir uns erklären, daß die Dinge geradezu auf den Kopf gestellt werden. Nicht die Höhe der Steuern kann ein charakteristisches Merkmal für den Stand abgeben, sondern das Wesen, die Dienste des Betreffenden für König, Vaterland und das gemeine Wohl. Der Bauer, wenn er auch Kapitalist geworden ist, bleibt Bauer trotz aller Anstrengungen. Eine Vermehrung dieses Standes auf dem Kreistage würde eine unverdauliche, die Verhandlungen wenig fördernde Masse ergeben, die den Verhältnissen geübung sehr rücksichtslos sein würde, rücksichtsloser als die großen Grundbesitzer bis jetzt gewesen sind. Ich bin praktischer Landrat gewesen, ich habe vor 1848 und nach 1848 den Kreis verwaltet und seine Bedürfnisse kennen gelernt. Unser altes Landrats-Institut mit seiner wirklichen Omnipotenz, seiner väterlichen Autorität ist ausgezeichnet, Präfekten sind sie darum doch nicht geworden und konnten es auch nicht werden. Die Macht aber ging verloren durch die Bevormundung der Regierung. Ihre Macht muß gehoben werden; sie sprechen besser Recht, als mancher Jurist. Man

sagt, es wird sich Niemand freiwillig finden. Nein, im Gegenteil, mit großer Freude werden sie ein Amt annehmen, welches Ihr Ansehen vergrößert. Ich stimme darin zu, daß wenigstens die Verwaltung der eigenen Angelegenheiten den Kommunen überlassen werde. Aber was sind denn eigene Angelegenheiten? Sollten sie sich nicht mit der Justiz, mit der Frage der Friedensstiftung beschäftigen? – Nun noch ein Selbstbekenntnis; ich klage mich selbst an, daß ich Schuld bin an einer Reihe von Beschlüssen, die in diesem Gesetzentwurf enthalten sind. Leider hat der Herr Minister sie nicht so angewandt, wie es die Absicht war. Ich habe meinerseits erklärt, daß ich die Herstellung eines Ausschusses für Westfalen und Rheinland für unmöglich halte. Deshalb frage ich weiter, wenn man auf provinzielle Eigenständigkeiten keine Rücksicht nehmen kann, warum soll der Entwurf nicht für alle Provinzen gelten? Wir können ihn doch nicht annehmen, weil die öffentliche Meinung das allgemeine Gedächtnis dafür ist. Ich meine, wir müssen dem Entwurf ein rundes Nein entgegensetzen.

Minister des Innern, Graf Eulenburg: Ich glaube, es gibt kein unheimlicheres Gefühl, als wenn jemand aus einem kleinen und gemütlichen Hause, das er bisher allein bewohnt hat, in ein größeres ziehen müßt, das er nun mit einem Andern teilen soll. So ungefähr kommt es mir vor, wenn Herr von Kleist diejenige Position verfügt, auf welcher er und seine Standesgenossen bisher gestanden haben, und ich kann daher seine Bekennung durchaus erklären. So gemäßigt aber auch Ihre Stellung für Sie ist, die Regierung muß sie für unhaltbar erachten. Stände in dem Sinne, wie sie jetzt existieren, sind in der neuen Kreisordnung nicht mehr vorhanden; schon deshalb nicht, weil eben aus den Kreisvertretungen eine Institution hervorgehen soll, welche Herr von Kleist selbst zu meinen großen Verfehlungen als eine gutgedachte und hoffentlich wirksame ansieht; denn die Kreisvertretungen sollen eben die Mütter dieser Kreisausschüsse werden und wenn die Ausschüsse wirken sollen, dürfen sie eben nicht aus ständischen Vertretungen hervorgehen, sondern aus der Mitte der Bevölkerung, über die sie sich sollen und die zu ihnen das Vertrauen haben müßt, daß der Kreis ihnen intelligent genug ist, um die Besten und Fähigsten in die Ausschüsse zu wählen. Sie sagen: die Stände sind Glieder des Staates, die Beine des Staates; ich will das zugeben, allein die Stände, die Rittergutsbesitzer, wie sie sich bei uns gefaßt haben, leiden an vielen Mängeln, die selbst im Kommissionsbericht hervorgehoben sind. Die Rittergutsbesitzer haben eine große Anzahl von Rittergütern, die nicht mehr das sind, was sie waren, und das sind an diesen Beinen die podagrifischen Erscheinungen. Ich will den Stand in dem Sinne, daß er ein Glied, ein Bein, ein Stützpunkt des Staates sein soll, gewiß aufrecht erhalten, aber nicht dadurch, daß ich ihn abtöte, sondern daß ich die einzelnen Stände einander gegenseitig zugänglich mache und darum will ich nicht mehr von Ständen, von ständischen Gliedern in dem Sinne reden, als dies bisher der Fall war. Ich will dadurch die Bevölkerung heben, während man sie durch das Gegenteil niederrücken. Ich theile die Ansicht, die Herr von Kleist über die Bauern und Gemeinden ausgesprochen hat. Der Bauer bleibt Bauer, auch wenn er zwei große Bauerngüter hat; aber er bleibt es gewiß und muß es bleiben, wenn ihn das Gesetz ewig zum Bauer stempelt. Er kann aber ein Rittergutsbesitzer werden, wenn wir ihm die Schranken öffnen und nach und nach ihn in die große Gesellschaft einführen. Wie kommt es, daß Herr v. Kleist mit so viel Wärme sagt: Wir werden für die Ausschüsse nicht so viel Leute finden. Sie haben mit Recht hervorgehoben, daß wir nicht so viel geeignete Leute finden werden, aber mit den Pflichten und Rechten, die Ihnen zugesetzt werden, wird auch ihre Kraft wachsen. Lassen Sie sie eintreten in die Kreisversammlungen und stellen Sie sie den früher vor ihnen bevorzugten gleich, so wird das Selbstgefühl und die Lust, sich ihnen auch innerlich gleichzustellen, sie heben und sie werden aus den bisherigen Bauern nachher noch einen Schlag Menschen heranziehen, der es wohl würdig ist, in dem Kreistage zu sitzen. Herr v. Kleist macht mir den Vorwurf der Inkonsistenz, namentlich den, daß ich bei der Neorganisation der neuen Provinzen einfach die Kreisverfassung Preußens dort eingeführt habe, während ich die letztere jetzt selbst nicht mehr für genügend halte. Nun, das ist nicht ganz richtig. Erstlich waren die Verhältnisse damals ganz anders, als jetzt. Ich hatte als Beirat nur Vertrauensmänner. Ich kannte dort befreitlicherweise große gesetzliche Schwierigkeiten nicht machen. Ich mußte mich auf das Nothwendigste beschränken und die dort bestehenden Einrichtungen der preußischen Ablösungen. Daß der Rittergutsbesitzerstand nicht mehr repräsentativ war, sondern daß er als Großgrundbesitzer modifiziert wurde und daß er im Durchschnitt zur Kreisverwaltung nur ein Drittel Stimmen hatte, das sind Grundsätze, die damals schon fest bestimmt wurden und die jetzt nur in einer etwas anderen Form auf die neue Kreisvertretung übergehen. Sie sagen jedes Mal bei einer Veränderung, die ich vornehme, ich gehe radikal vorwärts. Das ist eine Behauptung, aber es wird andere Leute geben, die die Kreisordnung studiren und sagen: Ich schließe mich soviel wie möglich der bisherigen Institution an. Daß die Kreistage bisher ihre Pflicht erfüllt haben, habe ich ja schon gesagt, aber mit Unrecht, wirft man mir vor, daß ich eine durchaus gefundene Institution befehligen wolle. Ich will sie nicht befehligen, ich will sie verbessern. Es wäre doch eigentlich, wenn wir jetzt nach dem Kriege von 1866 und 70 sagen wollten: Wir haben unsere Feinde mit Bündnadelbüchsen totgeschossen und nun brauchen wir weiter nichts als Bündnadelbüchsen. Ich denke, wir sind in voller Arbeit, die Bündnadelgewehre abzutun und bessere anzuschaffen. So ist es mit den Kreistagen auch. Die Prinzipien waren richtig, die Manipulationen wirkten; jetzt aber, glaube ich, sind sie es nicht mehr. Es kann für Krieg und Frieden keine höhere Aufgabe geben, als immer aufs schärfste darüber zu wachen, daß wir immer an der Spitze bleiben und keinen andern vorwärts kommen lassen. Unsere jetzige Thätigkeit im Innern ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr ausreichend, sondern die Staatsregierung muß sich bemühen etwas anderes an deren Stelle zu setzen. Nur deshalb ist die Regierung bemüht, die Kreistände zu reorganisieren. Ich muß den Vorwurf, als ob die Regierung bei diesem ganzen procedere kein anderes Motiv gehabt habe, als liberalen Parteien Raum zu gewähren, absolut zurückweisen. Nicht liberalen Parteien wollen wir Raum geben, sondern Anschauungen, die in einer Zeit sich gebildet haben, in der die Weltgeschichte, wie in den letzten zehn Jahren, ein ganz anderes Gesicht bekommen hat. Wenn wir Maßregeln vorschlagen, die den Aufbauungen dieses Hauses liberal erscheinen, so sind wir nicht liberal geworden, sondern bilden uns ein, erst recht kontraktiv zu sein, indem wir die nothwendigen Verbesserungen zur richtigen Zeit und in der richtigen Form zur Anwendung bringen. Sie sagen, wir nehmen die Kreisordnung vor, weil jetzt die Zeiten ruhig sind, wir werden sie noch vermissen. Sie haben in der Konfliktzeit zu gute Dienste geleistet und wenn der Konflikt wieder kommt, so wird man schon nach ihnen rufen. Meine Herren, ich glaube, der Konflikt war ein Streit, der nicht das Resultat haben darf, daß der Sieger nach Revanche schreit, nein, ich glaube, er war ein Läuterungsprozeß für alle Parteien, und alle werden daraus Vortheil gezogen haben. In Folge des Konflikts sind die Gesetze entstanden, die in den letzten 6 bis 8 Jahren emanzipiert sind. Schwierigkeiten in der Ausführung haben sich allerdings gefunden. Herr v. Kleist hat Recht, es gilt fast bei jeder Gesetzgebung dies zur Geltung zu bringen; eine gerüste radikale Atmosphäre herrscht dabei vor, auch in Bezug auf die Ausführung der Kreisordnung wird eine solche radikale Atmosphäre sich verbreiten; aber seien Sie sicher, sie wird vorübergehen, ich zweifle nicht daran. Haben Sie doch mehr Mut, als Sie zu haben scheinen. Sie bestehen in dem bisher Beleßten viel Gutes und wollen sich nun dem Besseren verschließen. Haben Sie doch den Mut und das Vertrauen in der Bevölkerung, welche die Regierung hat. Mit demselben Gefühl haben wir gekämpft im Krieg. Wir sind nicht siegesgewiß gewesen, sondern wir haben die Möglichkeit eines anderen Sieges vorausgesetzt. Sie steht ich der Kreisordnung gegenüber auch; aber nur vorübergehend. Wenn wir einmal geschlagen werden, so haben wir die feste Überzeugung, daß wir uns desto glorreicher wieder hervorheben werden. Versuchen Sie es nur einmal mit der Kreisordnung.

Oberbürgermeister Göbbin bettet die Vorlage in der Gestalt, in welcher sie aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen ist, anzunehmen. Die Regierung habe erklärt, daß sie dem Liberalismus zu

Dank verpflichtet sei für die beträchtlichen Konzessionen, die er ihr bei Beratung der Kreisordnung gemacht habe; wenn die konservative Partei sich weigerte, gleich patriotisch zu handeln, so sei es jedenfalls völlig unberechtigt zu sagen, sie schade sich dadurch; bisher hätten vielmehr alle Kompromisse, auf die sie eingegangen sei, der konservativen Partei beträchtliche Vortheile gebracht.

Graf Biehl sekundirt Graf Lippe und Kleist-Kezow in Bertheidigung des Kommissionsantrags ohne in seiner Argumentation Neues zu bieten.

Darauf schließt das Haus die Generaldebatte um 4 Uhr; nach einigen kurzen Schlusssworten des Referenten v. Kröcher wird die Spezialdebatte auf Donnerstag 11 Uhr angezeigt.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. Oktober.

Nachdem die Konzessions-Urkunde für die Posen-Kreuzburger Eisenbahn unter 7. d. Mts. Allerhöchster Orts vollzogen worden ist, ist der Baurath Platner, Mitglied des Eisenbahn-Kommissariats in Berlin, zum Staatskommissarius für die Ausführung dieser, sowie der Oels-Gnesener Bahn ernannt worden.

Am 29. d. M. wird im hiesigen l. Regierungsgebäude eine Schul-Konferenz stattfinden, an welcher die vier Reg.- und Provinzial-Schulräthe, mehrere Regierungsräthe, einer der neu ernannten Schulrevisoren und mehrere Schulmänner aus der Provinz teilnehmen werden. Die Aufgabe dieser Konferenz wird eine ähnliche sein, wie diejenige, welche an die vor einiger Zeit in Oppeln abgehaltenen Konferenz gestellt wurde; auch sie wird sich begutachtend darüber auszusprechen haben, inwieweit die deutsche Unterrichtssprache in den polnischen Elementarschulen unserer Provinz anwendbar ist, und mit Zugrundelegung dieses Gutachtens wird alsdann wohl für unsere Provinz eine ähnliche Ministerialverfügung, wie für Oberösterreich erlassen werden. Bisher galt für die Anwendung der deutschen und polnischen Sprache in den Unterrichtsanstalten unserer Provinz die Instruktion vom 24. Mai 1842, nach welcher in den von vorherrschend polnischen Kindern besuchten Landschulen die polnische, in Schulen mit vorwiegend deutschen Kindern die deutsche Sprache, und in den oberen Klassen aller städtischen Elementarschulen ausschließlich die deutsche Sprache angewendet werden soll. Ein Zusatz zu dieser Instruktion besagt aber ausdrücklich: „Indem die in dieser Instruktion enthaltenen Bestimmungen an Stelle der früheren treten, ist es nicht die Absicht, darin eine für immer unabänderliche Regel einzustellen. Vielmehr bleibt es vorbehalten, diese Instruktion jeder Zeit nach den bei ihrer Ausführung zu sammelnden Erfahrungen und nach dem wahren Bedürfniss, wie es die Zeit ergeben wird, in Gänzen oder in einzelnen Theilen aufzuheben oder zu modifizieren.“ Ueber diese Bedürfnisfrage wird eben die Konferenz ihr Urtheil abgeben haben, und dürfte danach jene Instruktion, die nunmehr bereits 30 Jahre existirt und dem wahren Bedürfnisse durchaus nicht mehr entspricht, wesentlich abgeändert werden.

Die Handelskammer erledigte in ihrer jüngsten Sitzung zunächst gerichtliche Requisitionen in Prozeßsachen, worauf folgende Gegegnung zur Beratung gelangten; die Kammer hatte früher der Polizei-Direktion wie dem Magistrat vorgeschlagen, die Angelegenheit, betreffend die Vermehrung der Thorräume zur Erleichterung des Verkehrs zwischen dem Zentralbahnhof und der Stadt durch Delegierte der beteiligten Körperschaften in gemischter Kommission verhandelt zu sehen; der Magistrat wünschte zur Zeit eine solche Verhandlung bis nach geheimer Klärung des Verhältnisses des Militärischen zur Sache verlagert. Die Kammer wird bei der Dringlichkeit des obwaltenden Handelsinteresses den Gegenstand wiederum bei dem Magistrat in Anregung bringen, damit nunmehr in die Beratung durch eine gemischte Kommission eingetreten werden kann. Es wurde beschlossen, bei dem Hrn. Handelsminister wegen schleuniger Herstellung eines interimsistischen Empfangsgebäudes auf dem Zentralbahnhof und damit gebotener Ermöglichung direkter Ueberleitung dr. Bürge von Bahn zu Bahn auf dieser Zentralstelle vorstellig zu werden. In dem dem Hrn. Handelsminister Anfangs August übermittelten Jahresberichte pro 1871 ist in dem Abschnitte über örtliche Telegraphenverhältnisse u. a. ausführlich das durch Ueberbürdung der Linie verpachtete Eintreffen der Börsendepeschen hier selbst und die Nothwendigkeit einer schleunigen Abhilfe dieses den Verkehr sehr drückenden Uebelstandes besprochen worden. Sollte wider Erwarten die Befreiung der betreffenden Mißstände durch die Zentraltelegraphen-Direktion in der nächsten Zeit nicht erfolgen, so wird die Kammer deshalb geeignete Anträge an das der Direktion vorgelegte Reichsanzeigeramt richten. Die Vorbereitung des Etats pro 1873 wurde einer Kommission übertragen. – Schließlich wurden noch Anträge in Bezug auf die Patentgesetzgebung, sowie interne Angelegenheiten berathen und sonstige behördliche und private Eingänge zur Erledigung gebracht.

Sozial-demokratische Agenten. Die „Gaz. Tor.“ theilt als allerdings nicht verbürgt mit, daß in den Provinzen Posen und Westpreußen sich polnische Emigranten als sozial-demokratische Agenten unter den sogenannten Weißen (d. h. die Partei der polnischen ultramontanen Aristokratien) zu agitieren, von den Rothen unter der polnischen Emigr. Sozial-Demokratie aufzufordern. Es liegt gewiß im eigenen Interesse, wenn das polnische Blatt sein Publikum warnt, diesen Aufwieglern Gehör zu schenken, aber ein Zengnis moralischer und geistiger Armut stellt es sich dadurch aus, daß es nichts Besseres gegen diese Agitatoren anzu führen meint, als die grausliche Meldung, jene Agitatoren seien Agents provocateurs, man möge sich nur an die Vorgänge zu Seiten Bärensprungs erinnern. Diese Nationalen bleiben sich immer gleich: sie haben nichts gelernt und nichts vergessen.

In Pieranie (Kr. Inowraclaw) wurde im vorigen Monat Brotkowksi die Schulinspektion entzogen und seitens des Bromberger Regierung dem Grafen Solms auf Radowicze provisorisch übertragen. Doch lehnte dersebe, wie polnische Zeitungen mitteilten, die Annahme ab und zwar als Gegner der welligen Schulinspektion, indem er auch im Abgeordnetenhaus als Vertreter des Kreises Inowraclaw gegen dieselbe gestimmt hatte. Dafür ist nun provisorisch mit der Schulinspektion H. Stolz, Bächer des Gutes Karzyn, welches dem Grafen Koscielski gehört, berathen worden.

Personal-Beränderungen in der Armee. Klahr, Bismarck, Sec. Lt. der Reg. des 1. Leib-Hus. Regts. Nr. 1, Herrmann, Sec.-Lieut. vom 2. Leib-Husaren-Regt. Nr. 2, zum Prem.-Lt. befördert, unter Verleihung eines Patents seiner Charge in das Regt. einrangiert. Grunwald, Sec.-Lt. von der Inf. des 1. Bataill. (Neustadt a. W.), 2. Pos. Landw.-Regts. Nr. 19, zum Br.-Lt. befördert. Jordan, Opm. vom 2. Bat. (Oels) 3. Niederschl. Landw.-Regts. Nr. 50, zum Komp.-Führer, v. Heinhaben, Elsner v. Gronow, Br.-Lts. von der Inf. des 2. Bat. (Oels) 3. Niederschl. Landw.-Regts. Nr. 50, zum Komp.-Führer, v. Heinhaben, Elsner v. Gronow, Br.-Lts. von der Inf. des 2. Bat., zu interim. Komp.-Führern, ernannt. Lössener, Major agr. dem 3. Magdeburg. Inf.-Regt. Nr. 66, in das 1. Oberstl. Inf.-Regt. Nr. 22 einrangiert. v. Toczylowski, Major zur Dispos., in seiner Eigenschaft als Landw.-Bz.-Kommandeur von Altkirch nach Kolmar versetzt. Baron v. Collas, Major vom 1. Thür. Inf.-Regt. Nr. 31, in das 5. Thür. Inf.-Regt. Nr. 94 (Großherzog v. Sachsen) versetzt

einrangiert. v. Wohlgemuth, Maj. und Abth. Komm. im Schles. Fest. Art. Regt. Nr. 6, unter Aggreg. bei diesem Regt. zum Artill. Off. vom Platz in Belfort ernannt. v. Prosch, Maj. von der 9. Gendarm. Brig., in die 6. Gendarm. Brig., Leuthaus, Gen. Maj. und Insp. der 1. Ing. Insp., in gleicher Eigenschaft zur 4. Ing. Insp., vereidigt. v. Braun, Gen. Maj. und Insp. der 1. Pion. Insp., unter Verleihung eines Patents seiner Charge vom 18. August 1871, zum Insp. der 1. Ing. Insp. ernannt. v. Chamisso, Oberst und Insp. der 5. Festungs-Insp., in gleicher Eigenschaft zur 1. Pion. Insp. vereidigt. Kloß, Oberst und Insp. der 4. Pion. Insp., von dieser Stellung, unter Belästigung in dem Verhältniß als kommandirt zur Wahrnehm. der Geschäfte der Insp. der Festungsbaraten in Straßburg, entbunden. Schulz, Oberst vom Ing. Corps u. kommandirt zur Wahrnehm. der Geschäfte als Insp. der 4. Pion. Insp., zum Inspekteur dieser Insp. ernannt. v. Oppermann, Oberst und Brig. vom Platz in Neisse, unter Verleihung eines Patents seiner Charge vom 18. August 1871, zur Wahrnehm. der Geschäfte des manuiri. Insp. der 5. Festungs-Insp., Bliesener, Maj. vom Ing. Corps zur Wahrnehm. der Geschäfte als Ing. vom Platz in Neisse — kommandirt. v. d. Mofel, Maj. u. Ing. vom Platz in Swinemünde, von dieser Stell. befußt Kommandirung zur Reichs-Navy-Kommission, entbunden. Birkholz, Thelenmann L., Scheibert, Hauptleute v. der 3. Ing. Insp. und Ing. vom Platz resp. in Bisch, Saarlos und Minden, Schotte, Hauptm. von der 3. Ing. Insp., zu Majors im Stabe des Ing. Corps — befördert. v. Saborowski, Oberst-Lt. a. D., zuletzt Major im 5. Ostpreuß. Inf. Regt. Nr. 41, unter Stell. zur Disp. mit seiner Pension, zum Bez. Kommdr. des 1. Bat. (Star-gard) 5. Pomm. Landw. Regts. Nr. 42 ernannt. Graumann, Maj. agar. dem 5. Bad. Inf. Regt. Nr. 113, ein Patent seiner Charge verliehen. Kühne, Hauptm. u. Komp. Chef vom 8. Pomm. Inf. Regt. Nr. 61, unter Verleihung des Charakters als Maj. dem 7. Brandenburg. Inf. Regt. Nr. 60 agar. Krebschmer, Pr. Lt. vom 3. Pos. Inf. Regt. Nr. 58, — tauschen ihre Stellen. Freude, Sek. Lt. vom Train des Regt. Landw. Pots. Breslau Nr. 38, in das 2. Bat. (Lichten) 2. Westpreuß. Landw. Regts. Nr. 7. Kiel, Sek. Lt. von der Inf. des 1. Bats. (Neumark) 3. Pos. Lanw. Regts. Nr. 58, in das 1. Bat. (Posen) 1. Pos. Landw. Regt. Nr. 18, Hellmich, Sek. Lt. von der Inf. des 1. Bats. (Posen) 1. Pos. Landw. Regts. Nr. 18, in das 1. Bat. (Neustadt a. W.) 2. Pos. Landw. Regts. Nr. 19, v. Słupecki, Oberst-Lt. vom 2. Magdeburg. Inf. Regt. Nr. 27, mit Pension und der Regts. Uniform, v. Sobbe, Hauptm. und Komp. Chef vom 3. Magdeburg. Inf. Regt. Nr. 66, als Maj. mit Pension und der Regts. Uniform, v. Krieger, Major zur Disp., zuletzt Hauptm. in der 7. Gendarmerie-Brig., mit seiner hish. Pension der Abschied bewilligt. v. Holstein, Maj. zur Disp., früher im ehem. Schleswig-Holstein. Drag. Regt., während des Krieges 1870—71, als Führer der Landw. Depot-Eskadron des 2. Mecklenb. Drag. Regts. Nr. 18 in Funktion gewesen, der Charakter als Ob. Lt. verliehen. v. Bissewitz, Oberst zur Disp., von der Stellung als Bez. Kommdr. des Regt. Landw. Bat. Königsberg Nr. 33 entbunden. v. Wülfken, Maj. v. 3. Niedersäch. Inf. Regt. Nr. 50, — mit Pension und der Regts. Uniform, v. Dallwitz, Pr. Lt. von der Inf. des 1. Bats. (Breslau) 3. Silesian. Landw. Regts. Nr. 50, der Abschied bewilligt. v. Selsinskiy, Oberst-Lt. zur Disp., von der Stell. als Bez. Kommdr. des 2. Bats. (Altendorf) 2. Hess. Landw. Regts. Nr. 82 entbunden. v. Nopolsky, Oberst à la suite des Olben. Inf. Regts. Nr. 91 und Kommandant von Bisch, unter Stell. zur Disp. mit Pension, zum Bez. Kommdr. des 2. Bats. (Altendorf) 2. Hess. Landw. Regts. Nr. 82 ernannt. v. Lierse u. Wilkau, Oberst-Lt. vom 1. Oberschl. Inf. Regt. Nr. 22, mit Pension und der Regts. Uniform, v. Jacob, Pr. Lt. zur Disp. von der Stellung als Bez. Kommdr. des Landw. Bat. Colmar, unter Erteilung der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 2. Westphal. Landw. Regts. Nr. 15, entbunden. v. Wahnsin-Jürga, Oberst-Lt. agarea. dem Schles. Fest. Art. Regt. Nr. 6 unter Art. Off. vom Platz in Belfort, unter Stell. zur Disp. mit Pension, zum Bez. Kommdr. des Landw. Bat. Altkirch. v. Loebell, Oberst zur Disp. und Bez. Kommdr. des 1. Bats. (Kiel) Holstein. Landw. Regts. Nr. 85, von dieser Stellung entbunden.

**Polizeiliche Mittheilungen.** Gestohlen wurde aus einem unverdorbnissen Zimmer eines Hauses auf der Halbdorfstraße ein Talon eines Polener Pfandbriefes über 1000 Thlr.; ferner aus der unverdorbnissen Stube eines Hauses am Neustädter Markt ein Hunderthalerschein, ein Kupon über 10 Thlr. und 3 Doppel-Louis r. — Verhaftet wurde ein länderliches, vielfach bestraftes Frauenzimmer wegen zweier Diebstähle an Kleidungsstücke, welche sie den Quartierbewohner entwendet hatte; ebenso wurde ein der Flucht verdächtiger Eisenbahner arbeiter verhaftet, welcher, wie bereits mitgetheilt, unweit des Domes n. u. lich einen hiesigen Bäckermeister übersprungen hatte, der dadurch einen Beinbruch erlitt. — Auf der Dominikanerstraße wurde am Montage das Publikum durch einen dem Antheine nach betrunkenen Soldaten belästigt, welcher mit seinem Säbel um sich schlug; es schrie schließlich ein Schutzmam ein, verhaftete den äußerst renitenten Soldaten und führte ihn zur Hauptwache ab. Zu derselben Zeit wurde ein Bauer, welcher zur Verherrlichung einer Hochzeitsfeier auf der Dominikanerstraße ein fast überladenes Doppelterzöl abholte, von einem Schutzmam aufgegriffen und zur Strafe notirt. — Verhaftet wurde ein Dienstmädchen, welches einer Freundin auf einem Tanzboden ein wertvolles Umschlagstück und einen Hut, welche ihr zur Aufbewahrung während des Tanzes übergeben worden, unterschlagen hatte. — Erst jetzt gelangte zur polizeilichen Anzeige, daß bei Gelegenheit eines kleinen Brandes, welcher vor einigen Wochen in einer Bude an der Wallstraße stattfand, aus dem daneben befindlichen Uhrmachersladen 6 Taschenbücher im Werthe von 36 Thlr. verschwunden sind. — Dienstag Abend fand auf der Judenstraße eine Schlägerei statt, veranlaßt durch ein paar Soldaten, welche zwei Mädchen in einen Fleischerladen hin in verfolgten und dabei mit den dort befindlichen Fleischerinnen in Streit gerieten. — In der Schuhmacherstraße entstand am Montage in einer Schänke ein Streit zwischen einem Gastwirthe und einem Arbeiter, wobei der letztere arg gemischt wurde.

**Birnbaum.** 17. Oktober. [Jubiläum.] Gestern, an seinem 70. Geburtstage, feierte der Rektor der hiesigen Stadtischule, Friedr. Beckner, sein 50-jähriges Amtsjubiläum. Zuerst Lehrer und Kantor in der Provinz Brandenburg, wurde er vor ungefähr 39 Jahren als Rektor an die hiesige Schule berufen, die unter seiner Leitung sich eines anerkannten Aufstrebunges zu erfreuen hat. Durch sein Handbuch beim Gebrauche des Kinderfreundes z. ist Rektor Beckner auch in entfernteren Lehrerkreisen thürmlich bekannt geworden. Die Feier des Tages, zu welcher sich nach 10 Uhr Morgens der Herr Landrat, der Herr Kreisschulinspektor Brunow, der Lokalschulinspektor Herr Oberpfarrer Henzel, Herr Prediger Höhnelt, eine Deputation ehemaliger Schüler, viele Lehrer aus dem Kirchenkreise und sämtliche aus der Parochie Birnbaum, sowie Freunde und die jetzigen Schüler des Jubilars eingefunden hatten, wurde durch Gesang eröffnet. Diesem folgte eine herzliche und ergreifende Rede des Herrn Kreisschulinspektors an den Jubilar über die Worte: „Als hierher hat der Herr geholzen“, worauf Herr Landrat Greulich dem Gesetzten unter Übergabe der Dekoration eröffnete, daß S. M. der Kaiser ihm den Roten Adlerorden IV. Klasse verliehen habe. Hieran reichte sich in längerer Rede der Glückwunsch der Schweriner Lehrer, gehalten vom Lehrer Lützenky. Als Festgabe überreichte derselbe einen silbernen Suppenlöffel. Die Deputation ehemaliger Schüler übergab ihrem alten Lehrer einen Prämiens-Pfandbrief von 100 Thlr., ein Photographie-Album, einen

Regulator und einen wertvollen Bismarck. Nun folgte eine Rede des Lehrers Neumann aus Kulin, in welcher derselbe den Gruß und die Glückwünsche der Lehrer der Parochie, des Kirchenkreises und anderer Kollegen ausprach und nach welcher er dem Jubilar das unter den Lehrern gesammelte Ehrengefecht — eine Mogilinoer Kreisobligation über 50 Thlr. — einhändigte. Das Schlusswort sprach Herr Oberpfarrer Henzel, und abermaliger Gefang bildete den Abschluß dieser Feierlichkeit. In der Wohnung des Gesetzten erschien alsdann eine Magistrats- und Schulvorstands-Deputation, sowie die Stadtverordneten zur Gratulation. Außerdem waren von auswärts — selbst aus Frankreich und England — eine große Menge Glückwunschrückende und Telegramme, mit und ohne Angebinde, eingegangen. Nachmittags um 2 Uhr fand im Hoffmann'schen Hotel ein gemeinnützliches Mittagstisch statt, an welchem sich einige 90 Personen beteiligten. Den Hauptwoch auf den Jubilar brachte Herr Landrat Greulich aus. Herzlicher Frohsinn hielt die Gesellschaft bis zum Abende bei zusammen, und man schwed mit dem Wunsche, daß es dem geistlich und körperlich noch kräftigen Jubelprete vom Himmel vergönnt sein möge, sich noch eines heitern Lebensabends lange zu erfreuen.

**Birnbaum.** 20. Oktober. [Feuer. Litigation.] Am Freitag Nachmittag brannte in Nei-Zattum die wohlgefüllte zur sogenannten kleinen Wirthschaft des Eigentümers Malcher gehörige Scheune nebst einem Stallgebäude total nieder. Der Entstehungsgrund des Feuers ist noch nicht ermittelt. — Am derselben Tage wurde das feuerbaufällige und zum Abbruch bestimmte katholische Pfarrhaus öffentlich meistbietend verkauft. Die Tare desselben betrug 127 Thlr. und es brachte in der Litigation 220 Thlr.

**Neutomischel.** 22. Oktober. [Hopfen.] Heute sehr flottes Geschäft. Währing der ganzen diesjährigen Geschäftsperiode hat sich so starke Nachfrage und rege Kauflust noch nicht bemerkbar gemacht wie heute. Mäler, Unterhändler, hiesige und fremdländische Käufer, alle sieht man in größter Thätigkeit. Die Produzenten der Umgegend, denen jetzt reichlich Gelegenheit geboten ist, ihr Produkt abzugeben und die sich zur Abgabe auch willig finden lassen, treffen mit ihrer Ware von allen Seiten hier ein und führen sie den Konsumenten hierher zu. Gestern und heute sah man Hopfenfracht an Hopfenfracht umher Ort passieren. Eine bedeutende Preisveränderung läßt sich trotz der Lebhaftigkeit im Geschäft nicht melden. Ware vorzüglichster Qualität wurde, wenn ein bedeutsames Quantum vorhanden, pro Zentner mit 34—37, Hopfen mittlerer Güte mit 24—27 und gewöhnliche Ware mit 20—23 Thlr. bezahlt.

**Hüttchen.** 21. Oktober. [Tod in Folge von Trunkenheit. Nonnen. Abend-Unterhaltung. Spaziergang.] Vergangene Woche feierte ein Tagelöhner in Karmin im Kreise froher Freunde seine Hochzeit, wobei er dem beliebten Gorzofa glas mehr als nötig war, tapfer zusprach. Den folgenden Tag begab er sich mit seiner geliebten Ehegattin zu der Hochzeitsfeier eines Freunden. Als er während der Nacht seinen Nachhausbogen antrat, versagten ihm seine Beine den Dienst, so daß er im Strudengraben das Nachtlager aufzusuchen mußte. Sein Ehehabe dagegen dastellte aber so ungemeinlich, daß sie ihn ruhig liegen ließ und allein in ihre Behandlung zurückkehrte. Als sie am anderen Morgen ihren Mann nicht heimgekehrt sah, ging sie ihn suchen und fand ihn auch noch im Graben liegen, aber a's Leiche. Bergangenen Freitag fand die Sektion derselben statt. Nach dem Urtheil der Gerichtsräte hat ein Gehirnenschlag dem Leben des Mannes ein Ende gemacht. — Bergangenen Freitag Abend trafen hier die vier Nonnen aus Posen ein, welche zur Leitung eines polnischen Waisenhauses berufen worden sind. — Gestern Abend veranstaltete der hiesige Männergefangenverein unter Leitung des Konsorts Herr Sommer im Victoriahotel eine musikalisch-theatralische Abendunterhaltung. Zur Aufführung kam Schiller's Glocke von Rosenberg und Görner's „Banquier und Tänzerin“. Die Beteiligung war, trotz des hohen Eintrittspreises, eine ziemlich rege und die Leistungen entsprachen den am hiesigen Orte zur Verfügung stehenden Künstlern in vollkommenster Weise. — Gestern Nachmittag veranstaltete Herr Pastor Streiter mit den Bürgern der hiesigen Rettungshäuser, unter Beteiligung der Vorstandsmitglieder, einen gemeinschaftlichen Spaziergang nach dem Schützenhaus, wo die Kinder den Nachmittag in wangelos heiterer Weise verlebten. — In städtischen Kreisen wird der Tod des Zimmermeisters Hrn. Vorwerk lebhaft bedauert. Der Verstorbene war ein gewissenhaftes Mitglied der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung, deren Sitzungen er viele Jahre als Vorsitzender mit elterlicher Treue und Umsicht leitete.

**Hörstel.** 19. Oktober. Wie es heißt, ist die sogenannte Gravesthorste Hütte von Herrn Krupp in Essen um den Preis von 2 Millionen Thaler erworben. Selbstverständlich ist es nicht der Werth der eigentlichen Hütte allein, welche Herrn Krupp diese enorme Summe anwenden läßt, sondern hauptsächlich das ausgedehnte Lager vorzüglich Eisensteins, welches zu dem Werke gehört, und das für Herrn Krupp von besonderer Wichtigkeit ist.

**Aussischer Boden-Kredit-Verein.** Die Zeichnungen auf die neueste Serie der sprozentigen Pfandbriefe sind so bedeutend eingelaufen, daß dieselben auf ca. 5 p.c. des verlangten Nominal-Betrags reduziert werden dürfen.

**Der Moskauer Diskonto-Bank.** Ist es gelungen, ein kleines Seitenstück zu der famosen Milliarden-Zeichnung der letzten französischen Anteile zu schaffen. Wie nämlich die „Börse“ schreibt, hat trotz des großen und allgemein bellagten Geldmangels die Subskription auf 6250 Aktien der Assuranz-Gesellschaft „Unter“ a 200 Rubel geradezu fabelhafte Resultate geliefert. Nach Angaben der Gründer der Gesellschaft wurden 3,620,478 Aktien (724,095,600 Rubel statt verlangter 1,250,000 Rub.), also 579mal soviel als aufgelegt waren, gezeichnet. Als Depot mißtzen dafür 79% Mill. Rubel eingezahlt worden sein. Alle Diejenigen, welche weniger als 500 Aktien subskribiert haben, erhalten — gar nichts; um also nur eine Aktie a 200 Rub. zu bekommen, hätte man mindestens 11,360 Rubel deponieren müssen.

**Newyork.** 21. Oktober. Seit der Schließung der Petroleum-

## Staats- und Volkswirthschaft.

**Preußische Boden-Kredit-Aktien-Bank.** Als Entgegung auf mannigfache Angriffe erhält die „Nat. Btg.“ folgende Darstellung der Verhältnisse. Das Hypothekengeschäft der Bodenkredit-Bank entwickelt sich fortlaufend in sehr befriedigender Weise, ungestrichen der auf diesem Gebiete bestehenden Konkurrenz und der engen Beleihungsgrenze, welche für die Darlehen statutarisch festgehalten wird. Die Bank hat bis jetzt für 16 Mill. Thlr. Hypotheken erworben und seit diese Erwerbungen, welche eine Annuität für 60 Jahre, die Dauer ihrer Unfindbarkeit, abwerfen (1%, Prozent), langsam, aber stetig fort. Das Kommissionsgeschäft hat innerhalb der ersten neun Monate einen Umfang von 856 Mill. Thlr. erreicht und darf sich denjenigen anderer Institute ebenbürtig zur Seite stellen, es wird sogar von wenigen andern erreicht. Die Bank hat sich dadurch nicht allein einen bedeutenden Nutzen gesichert, sondern auch sich eine Kundshaft erworben, die ihr für alle Unternehmungen, welche sie zu fördern ein Interesse hat, große Vortheile bietet. Die Bank darf eigene Engagements nicht eingehen und hat die Bestimmung streng aufrecht erhalten. Die finanziellen Dispositionen sind so getroffen worden, daß die Bank unter der Schwierigkeit der Verhältnisse am Geldmarkt gar nicht zu leiden hatte, am wenigsten war sie genötigt, sich in der September-Liquidation zu hohen Preisen „Geld zu machen“; sie konnte sogar eine Zahlung von 1,630 Thlr. für Erdmannsdorf vor dem Fälligkeitstermin leisten. Die Bank hat mit einem Aktienkapital von 5 Mill. Thlr. und einem Reservesfonds von 1 Mill. Thlr. im laufenden Jahr bereits einen Nutzen von 2 Mill. Thlr. realisiert, das werbende Kapital wird, weil das Aktio von 20 Prozent auf die neu emittierten Aktien dem Reservesfonds zugesetzt, auf das Doppelte steigen. Das Verhältnis der Preußischen Kredit-Anstalt zur Boden-Kreditbank ist bekannt, die Behauptung, daß erstere berufen sei, für letztere die waghalsigen Geschäfte auszuführen, entbehrt jeder Begründung. Die Kreditanstalt ist nirgends aus der Rolle einer Vermittlerin getreten; sie hat aber in derselben den Vortheil einer weitverzweigten Kundshaft geboten. Es liegt nahe, daß sie sich in ihren Entwicklungen von den bestehenden Verhältnissen leiten läßt und in geldknappen Zeiten die neuen Emissionen und mit denselben die betreffenden Konsortien den Termin zur Abnahme der Stücke vertragt. Der Erfolg dieser Verbindung zwischen den Verkäufern der Wertobjekte und den Konsortien, reißt zwischen diesen und dem Publikum, sowie der überhaupt durchgeführten Operationen spricht sich in einem bereits erzielten Gewinn von mehr als 1 Mill. Thlr. aus. Das Aktienkapital der Kreditanstalt wird durch die ausgeschriebene Einzahlung von 2 auf 5 Mill. Thlr. steigen und werden dann beide Banken mit 17 Mill. Thlr. also mit einer von wenigen deutschen Banken gebotenen finanziellen Kraft arbeiten.

**Berlin.** Bei der Subskription auf die Aktien der Berlin-Dresdener Eisenbahn hat eine starke Überzeichnung stattgefunden. Der Reparationsmodus wird demnächst kundgemacht werden. — Die Zeichnungen auf die Dortmunder Brauerei-Aktien laufen reichlich ein. Man handelt an heutiger Börse bei fester Zusage Stück zu 102.

**Hörstel.** 19. Oktober. Wie es heißt, ist die sogenannte Gravesthorste Hütte von Herrn Krupp in Essen um den Preis von 2 Millionen Thaler erworben. Selbstverständlich ist es nicht der Werth der eigentlichen Hütte allein, welche Herrn Krupp diese enorme Summe anwenden läßt, sondern hauptsächlich das ausgedehnte Lager vorzüglich Eisensteins, welches zu dem Werke gehört, und das für Herrn Krupp von besonderer Wichtigkeit ist.

**Russischer Boden-Kredit-Verein.** Die Zeichnungen auf die neueste Serie der sprozentigen Pfandbriefe sind so bedeutend eingelaufen, daß dieselben auf ca. 5 p.c. des verlangten Nominal-Betrags reduziert werden dürfen.

**Der Moskauer Diskonto-Bank.** Ist es gelungen, ein kleines Seitenstück zu der famosen Milliarden-Zeichnung der letzten französischen Anteile zu schaffen. Wie nämlich die „Börse“ schreibt, hat trotz des großen und allgemein bellagten Geldmangels die Subskription auf 6250 Aktien der Assuranz-Gesellschaft „Unter“ a 200 Rubel geradezu fabelhafte Resultate geliefert. Nach Angaben der Gründer der Gesellschaft wurden 3,620,478 Aktien (724,095,600 Rubel statt verlangter 1,250,000 Rub.), also 579mal soviel als aufgelegt waren, gezeichnet. Als Depot mißtzen dafür 79% Mill. Rubel eingezahlt worden sein. Alle Diejenigen, welche weniger als 500 Aktien subskribiert haben, erhalten — gar nichts; um also nur eine Aktie a 200 Rub. zu bekommen, hätte man mindestens 11,360 Rubel deponieren müssen.

**Newyork.** 21. Oktober. Seit der Schließung der Petroleum-

**Die Ernte in Schottland** ist dem „Scotsman“ zufolge die traurigste, deren man sich seit 1816, dem Jahre der sogenannten Mehlkrise, erinnert. Derhaltende starke Regen während der zweiten Woche des Septembers nötigte die Garben geblümten Getreides durch und durch, was in sehr vielen Fällen einen großen Schaden anrichtete. Während der ersten drei Wochen lag in den Edinburger Kornbörsen eine Menge Proben von Hafer, Weizen und Gerste aus, die aber im Vergleich mit dem Getreide der Ernte von 1871 eine bellagenswerthe Verbesserung zeigten. Gleichzeitig hätten sich die Besichtigungen bezüglich der Kartoffelernte verwirkt.

## Vermischtes.

**Die Meineidbauern.** Aus Passau schreibt man einem Linzer Blatte: „Vorläufig liefert Niederbayern mit seiner ultramontanen unbildeten Bevölkerung weitaus das größte Kontingent an Verbrechen, ein sprechender Beweis von der Wahrheit des Satzes: „Je weniger Bildung, desto mehr Verbrechen!“ Bei der vierten Schwurgerichtssitzung kamen nicht weniger als 90 Verbrechen zu Verhandlung, wofür im Ganzen eine Zuchthausstrafe von 186 Jahren und 11 Monaten verhängt wurde. Hierbei ist die Thatache merkwürdig, daß nicht weniger als 16 Personen wegen Meide verurteilt wurden. Überhaupt gräßt bei unserer „gutkatholischen“ Bevölkerung, welche wegen ihres festen Glaubens in ultramontanen Blättern nicht genug lobt werden kann, der Meineid in Schreden erregender Weise und es ist das allgemeine Sprichwort nicht ungegründet, daß der aufkatholische Niederbayer nicht das mindeste Bedenken trägt, gegen Verbreitung einer Maß Vier einen Meineid zu schwören, dagegen aber nicht zu bewegen wäre, am Freitag eine Wurst zu essen.“ (Presse).

**Archäologisches.** Bei den neuesten Ausgrabungen in Troja, welche Dr. Schliemann im September veranstaltete, fand er in einem verbrannten trojanischen Hause in 14 Meter oder 47 Fuß Tiefe das vollständige Griffstück einer Trojanerin mit ihren goldenen Schmuckstücken. Auch die Knochen eines Kindes wurden auf dem Urboden gefunden. Von höchster Bedeutung sind die vorgefundene Terrakotten mit vorhistorischen Symbolen. Derartige Terrakotten besitzt kein Museum der Welt, mit Ausnahme jenes von Parma, wo sich jedoch nur 2 Exemplare befinden; Schliemann fand bei seinen Ausgrabungen in Troja Tausende derselben. Es ist dies auch erklärlich: Ausgrabungen von solcher Tiefe sind noch niemals gemacht worden.

**Berantwortlicher Medaillleur Dr. iur. Wagners in Breslau.**

**Seringe!** die besten Holländischen und Schottischen, empfiehlt zu den billigsten Preisen en gros & export.

**Louis Scharlach & Co., obigstetlich concessionäre Expedienten.**

**Hamburg.**

**Bekanntmachung.**

Es soll eine Partie Kreuzholz und Breiter in mehreren hauzen auf Hor. Winiary bei Barade Nr. 1. öffentlich versteigert werden, gegen so gleich baar Bezahlung verkauft werden, wozu ein Termin auf

**Dienstag, d. 29. Oktbr. c.**

Vormittags 10 Uhr, hierdurch angezeigt wird.

Der Sammelpunkt ist zur angegebenen Zeit am öden Reithor von Hor. Winiary.

Posen, den 24. October 1872.

Rgl. Festungsbau-Direktion.

Zu dem Concours über das Vermögen des Kaufmanns Anton Wunsch zu Posen haben folgende Gläubiger nach trüglich ihre Forderungen angemeldet:

	W. S. 1	W. S. 2	W. S. 3	W. S. 4	W. S. 5	W. S. 6	W. S. 7	W. S. 8	W. S. 9	W. S. 10	W. S. 11	W. S. 12	W. S. 13	W. S. 14	W. S. 15	W. S. 16	W. S. 17	W. S. 18	W. S. 19	W. S. 20	W. S. 21	W. S. 22	W. S. 23	W. S. 24	W. S. 25	W. S. 26	W. S. 27	W. S. 28	W. S. 29	W. S. 30	W. S. 31	W. S. 32	W. S. 33	W. S. 34	W. S. 35	W. S. 36	W. S. 37	W. S. 38	W. S. 39	W. S. 40	W. S. 41	W. S. 42	W. S. 43	W. S. 44	W. S. 45	W. S. 46	W. S. 47	W. S. 48	W. S. 49	W. S. 50	W. S. 51	W. S. 52	W. S. 53	W. S. 54	W. S. 55	W. S. 56	W. S. 57	W. S. 58	W. S. 59	W. S. 60	W. S. 61	W. S. 62	W. S. 63	W. S. 64	W. S. 65	W. S. 66	W. S. 67	W. S. 68	W. S. 69	W. S. 70	W. S. 71	W. S. 72	W. S. 73	W. S. 74	W. S. 75	W. S. 76	W. S. 77	W. S. 78	W. S. 79	W. S. 80	W. S. 81	W. S. 82	W. S. 83	W. S. 84	W. S. 85	W. S. 86	W. S. 87	W. S. 88	W. S. 89	W. S. 90	W. S. 91	W. S. 92	W. S. 93	W. S. 94	W. S. 95	W. S. 96	W. S. 97	W. S. 98	W. S. 99	W. S. 100	W. S. 101	W. S. 102	W. S. 103	W. S. 104	W. S. 105	W. S. 106	W. S. 107	W. S. 108	W. S. 109	W. S. 110	W. S. 111	W. S. 112	W. S. 113	W. S. 114	W. S. 115	W. S. 116	W. S. 117	W. S. 118	W. S. 119	W. S. 120	W. S. 121	W. S. 122	W. S. 123	W. S. 124	W. S. 125	W. S. 126	W. S. 127	W. S. 128	W. S. 129	W. S. 130	W. S. 131	W. S. 132	W. S. 133	W. S. 134	W. S. 135	W. S. 136	W. S. 137	W. S. 138	W. S. 139	W. S. 140	W. S. 141	W. S. 142	W. S. 143	W. S. 144	W. S. 145	W. S. 146	W. S. 147	W. S. 148	W. S. 149	W. S. 150	W. S. 151	W. S. 152	W. S. 153	W. S. 154	W. S. 155	W. S. 156	W. S. 157	W. S. 158	W. S. 159	W. S. 160	W. S. 161	W. S. 162	W. S. 163	W. S. 164	W. S. 165	W. S. 166	W. S. 167	W. S. 168	W. S. 169	W. S. 170	W. S. 171	W. S. 172	W. S. 173	W. S. 174	W. S. 175	W. S. 176	W. S. 177	W. S. 178	W. S. 179	W. S. 180	W. S. 181	W. S. 182	W. S. 183	W. S. 184	W. S. 185	W. S. 186	W. S. 187	W. S. 188	W. S. 189	W. S. 190	W. S. 191	W. S. 192	W. S. 193	W. S. 194	W. S. 195	W. S. 196	W. S. 197	W. S. 198	W. S. 199	W. S. 200	W. S. 201	W. S. 202	W. S. 203	W. S. 204	W. S. 205	W. S. 206	W. S. 207	W. S. 208	W. S. 209	W. S. 210	W. S. 211	W. S. 212	W. S. 213	W. S. 214	W. S. 215	W. S. 216	W. S. 217	W. S. 218	W. S. 219	W. S. 220	W. S. 221	W. S. 222	W. S. 223	W. S. 224	W. S. 225	W. S. 226	W. S. 227	W. S. 228	W. S. 229	W. S. 230	W. S. 231	W. S. 232	W. S. 233	W. S. 234	W. S. 235	W. S. 236	W. S. 237	W. S. 238	W. S. 239	W. S. 240	W. S. 241	W. S. 242	W. S. 243	W. S. 244	W. S. 245	W. S. 246	W. S. 247	W. S. 248	W. S. 249	W. S. 250	W. S. 251	W. S. 252	W. S. 253	W. S. 254	W. S. 255	W. S. 256	W. S. 257	W. S. 258	W. S. 259	W. S. 260	W. S. 261	W. S. 262	W. S. 263	W. S. 264	W. S. 265	W. S. 266	W. S. 267	W. S. 268	W. S. 269	W. S. 270	W. S. 271	W. S. 272	W. S. 273	W. S. 274	W. S. 275	W. S. 276	W. S. 277	W. S. 278	W. S. 279	W. S. 280	W. S. 281	W. S. 282	W. S. 283	W. S. 284	W. S. 285	W. S. 286	W. S. 287	W. S. 288	W. S. 289	W. S. 290	W. S. 291	W. S. 292	W. S. 293	W. S. 294	W. S. 295	W. S. 296	W. S. 297	W. S. 298	W. S. 299	W. S. 300	W. S. 301	W. S. 302	W. S. 303	W. S. 304	W. S. 305	W. S. 306	W. S. 307	W. S. 308	W. S. 309	W. S. 310	W. S. 311	W. S. 312	W. S. 313	W. S. 314	W. S. 315	W. S. 316	W. S. 317	W. S. 318	W. S. 319	W. S. 320	W. S. 321	W. S. 322	W. S. 323	W. S. 324	W. S. 325	W. S. 326	W. S. 327	W. S. 328	W. S. 329	W. S. 330	W. S. 331	W. S. 332	W. S. 333	W. S. 334	W. S. 335	W. S. 336	W. S. 337	W. S. 338	W. S. 339	W. S. 340	W. S. 341	W. S. 342	W. S. 343	W. S. 344	W. S. 345	W. S. 346	W. S. 347	W. S. 348	W. S. 349	W. S. 350	W. S. 351	W. S. 352	W. S. 353	W. S. 354	W. S. 355	W. S. 356	W. S. 357	W. S. 358	W. S. 359	W. S. 360	W. S. 361	W. S. 362	W. S. 363	W. S. 364	W. S. 365	W. S. 366	W. S. 367	W. S. 368	W. S. 369	W. S. 370	W. S. 371	W. S. 372	W. S. 373	W. S. 374	W. S. 375	W. S. 376	W. S. 377	W. S. 378	W. S. 379	W. S. 380	W. S. 381	W. S. 382	W. S. 383	W. S. 384	W. S. 385	W. S. 386	W. S. 387	W. S. 388	W. S. 389	W. S. 390	W. S. 391	W. S. 392	W. S. 393	W. S. 394	W. S. 395	W. S. 396	W. S. 397	W. S. 398	W. S. 399	W. S. 400	W. S. 401	W. S. 402	W. S. 403	W. S. 404	W. S. 405	W. S. 406	W. S. 407	W. S. 408	W. S. 409	W. S. 410	W. S. 411	W. S. 412	W. S. 413	W. S. 414	W. S. 415	W. S. 416	W. S. 417	W. S. 418	W. S. 419	W. S. 420	W. S. 421	W. S. 422	W. S. 423	W. S. 424	W. S. 425	W. S. 426	W. S. 427	W. S. 428	W. S. 429	W. S. 430	W. S. 431	W. S. 432	W. S. 433	W. S. 434	W. S. 435	W. S. 436	W. S. 437	W. S. 438	W. S. 439	W. S. 440	W. S. 441	W. S. 442	W. S. 443	W. S. 444	W. S. 445	W. S. 446	W. S. 447	W. S. 448	W. S. 449	W. S. 450	W. S. 451	W. S. 452	W. S. 453	W. S. 454	W. S. 455	W. S. 456	W. S. 457	W. S. 458	W. S. 459	W. S. 460	W. S. 461	W. S. 462	W. S. 463	W. S. 464	W. S. 465	W. S. 466	W. S. 467	W. S. 468	W. S. 469	W. S. 470	W. S. 471	W. S. 472	W. S. 473	W. S. 474	W. S. 475	W. S. 476	W. S. 477	W. S. 478	W. S. 479	W. S. 480	W. S. 481	W. S. 482	W. S. 483	W. S. 484	W. S. 485	W. S. 486	W. S. 487	W. S. 488	W. S. 489	W. S. 490	W. S. 491	W. S. 492	W. S. 493	W. S. 494	W. S. 495	W. S. 496	W. S. 497	W. S. 498	W. S. 499	W. S. 500	W. S. 501	W. S. 502	W. S. 503	W. S. 504	W. S. 505	W. S. 506	W. S. 507	W. S. 508	W. S. 509	W. S. 510	W. S. 511	W. S. 512	W. S. 513	W. S. 514	W. S. 515	W. S. 516	W. S. 517	W. S. 518	W. S. 519	W. S. 520	W. S. 521	W. S. 522	W. S. 523	W. S. 524	W. S. 525	W. S. 526	W. S. 527	W. S. 528	W. S. 529	W. S. 530	W. S. 531	W. S. 532	W. S. 533	W. S. 534	W. S. 535	W. S. 536	W. S. 537	W. S. 538	W. S. 539	W. S. 540	W. S. 541	W. S. 542	W. S. 543	W. S. 544	W. S. 545	W. S. 546	W. S. 547	W. S. 548	W. S. 549	W. S. 550	W. S. 551	W. S. 552	W. S. 553	W. S. 554	W. S. 555	W. S. 556	W. S. 557	W. S. 558	W. S. 559	W. S. 560	W. S. 561	W. S. 562	W. S. 563	W. S. 564	W. S. 565	W. S. 566	W.

